

**Branko Milanović, Die ungleiche Welt. Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht, Suhrkamp Verlag, Berlin 2016, 312 S., geb., 25,00 €, auch als E-Book erhältlich.**

Die Geschichte der sozialen Ungleichheit wird in den letzten Jahren neu geschrieben. Das ist vor allem das Verdienst der Ökonomen und Historiker Antony B. Atkinson, Angus Deaton, Thomas Piketty und Hans-Ulrich Wehler.<sup>1</sup> Zu dieser historischen Forschung legt serbisch-amerikanische Ökonom Branko Milanović einen wichtigen neuen Beitrag vor. Liest man den englischen Titel oder den etwas verkopften Titel der deutschen Übersetzung, erwartet man das nicht. Auch die Tätigkeit von Branko Milanović als Chefökonom in der Forschungsabteilung der Weltbank und später bei einer der Carnegie Stiftungen lässt nicht auf eine starke historische Ausrichtung schließen.

Branko Milanovićs Buch ist aus vier Gründen für die Geschichte originell und sehr anregend. Milanović geht erstens in der historischen Entwicklung der sozialen Ungleichheit weiter zurück als die anderen Überblicke, behandelt auch das Mittelalter und die frühe Neuzeit in Europa. Er bekommt dadurch andere Faktoren der Verschärfung und Abmilderung sozialer Ungleichheit in den Blick. In Gesellschaften mit nicht wachsendem Einkommen vor der industriellen Revolution lassen sich Abmilderungen der sozialen Ungleichheit durch Epidemien, durch monarchische Kriege, auch durch – wie er sagt – Launen des Schicksals, aber auch die Verschärfung sozialer Ungleichheit durch vereinzelt, lokales Wachstum der Einkommen besser studieren.

Milanovićs Buch ist zweitens originell, weil er die Epoche des Kuznets-Zyklus, also die Abmilderung der sozialen Ungleichheit zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums etwas anders interpretiert. Der Kuznets-Zyklus, also die Verringerung der sozialen Ungleichheit in Gesellschaften mit wachsendem Einkommen, wurde in seinen Augen durch vier Faktoren ausgelöst: durch die Verringerung der Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land und durch Abwanderung in die Städte; durch die Ausweitung der Schulbildung; durch das Altern der Bewohner und den Aufbau des Wohlfahrtsstaates, und, das fügt er hinzu, auch durch das Bedürfnis nach sozialer Kohäsion in den Weltkriegen und im Kalten Krieg. Dabei sieht er den Ersten Weltkrieg als eine Kernursache des Kuznets-Zyklus und als entscheidenden Auslöser für staatliche Reformpolitik in Europa ebenso wie für den New Deal in den USA.

Branko Milanovićs Buch ist drittens originell, weil es auch die Globalgeschichte der sozialen Ungleichheit zwischen allen Bewohnern der Erde behandelt. Allerdings greift er dafür historisch nicht so weit zurück. Sein Argument: In der globalen Perspektive ergibt sich ein ganz anderes Bild, als wenn man Länder jeweils für sich betrachtet. Global nahm die soziale Ungleichheit im 19. und auch im 20. Jahrhundert durchweg zu, vor allem weil sich die Einkommensunterschiede zwischen dem Norden und dem Süden immer weiter vergrößerten. Erst seit 1980er-Jahren ging die globale soziale Ungleichheit zurück und zwar vor allem, weil Länder des Südens gegenüber dem Norden aufholten. Die globale soziale Ungleichheit blieb freilich hoch, weil der Süden seinen Rückstand nur ein Stück weit abbauen konnte und die Migration zwischen dem Süden und dem Norden begrenzt wurde. Die globale soziale Ungleichheit kann sich wieder verschärfen, wenn nur China, nicht auch Indien und Afrika aufholen werden. Zu dem Rückgang der globalen Ungleichheit seit den 1980er-Jahren gehört in den Augen von Milanović freilich auch, dass in den reichen Ländern des Nordens die Mittelschicht im Niedergang begriffen ist und gegenüber den sehr Reichen zurückfällt mit schweren Gefahren für die Demokratie.

---

<sup>1</sup>Anthony B. Atkinson, *Inequality. What Can Be Done?*, Cambridge (Mass.) 2015; Angus Deaton, *Der große Ausbruch. Von Armut und Wohlstand der Nationen*, Stuttgart: Klett-Cotta 2017; Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014; Hans-Ulrich Wehler, *Die neue Umverteilung: Soziale Ungleichheit in Deutschland*, München 2013.

Eine vierte Besonderheit des Buches von Milanović sind die Szenarien der Zukunftsentwicklung, die auch ein anderes Bild auf die Verschärfung der sozialen Ungleichheit seit den 1980er-Jahren in den einzelnen Ländern werfen. Milanović sieht diese Verschärfung nicht als eine in der Natur des Kapitalismus vorgegebene Normalität. Sie muss nicht andauern. Milanović hält es für möglich, dass sich die soziale Ungleichheit unter bestimmten Bedingungen wieder abmildern und ein neuer Kuznets-Zyklus einsetzen wird. Diese Bedingungen sind in seinen Augen nicht eine hohe Besteuerung der Vermögen und Einkommen oder andere Eingriffe des Staats, die die soziale Ungleichheit durch Transfers kompensieren. Eine erneute Abmilderung der sozialen Ungleichheit kann in seinen Augen ausgelöst werden, wenn bei der ungleichen Ausstattung der Individuen mit Vermögen und Bildung angesetzt wird und zwar durch hohe Erbschaftssteuern, durch Körperschaftssteuern, die zu Anteilen der Beschäftigten am Unternehmen fördern, durch steuerliche Anreize zum Aufbau von Vermögen und zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Bildung.

Nicht in jeder Hinsicht überzeugt dieses Buch. Wie andere Ökonomen beschränkt sich auch Milanović weitgehend auf die Einkommensverteilung und berücksichtigt anders als etwa Hans-Ulrich Wehler zu wenig andere Dimensionen der sozialen Ungleichheit wie Wohnen, Gesundheit, Bildung, soziale Mobilität. In diesen anderen Dimensionen sieht die Entwicklung der sozialen Ungleichheit nicht selten anders aus.<sup>2</sup> Das gilt auch für seine These vom Niedergang der Mittelschicht. Er definiert Mittelschicht als eine statistische Gruppe von mittlerem Einkommen, berücksichtigt aber weder die Einkommenslage der Mittelschicht noch ihre eigene Wahrnehmung noch die für die Wahrnehmung wichtigen Chancen für ihre Nachkommen. Der Rückgang der relativen Einkommen der Mittelschicht waren zwischen den 1980er-Jahren und 2010 nach seinen eigenen Daten in den USA und Großbritannien sicher deutlich, aber in den kontinentaleuropäischen Ländern meist zu gering, als dass man von einem allgemeinen Niedergang der Mittelschicht im nördlichen Teil der Welt sprechen kann. Schließlich überzeugt es auch nicht, den Ersten Weltkrieg als den ausschlaggebenden Faktor für die Abmilderung der sozialen Ungleichheit zwischen 1914 und 1989 anzusehen. Die soziale Ungleichheit nahm während des Ersten Weltkriegs zumindest in Deutschland, im Habsburgerreich und im Zarenreich nicht ab, sondern verschärfte sich ganz im Gegenteil. Der Erste Weltkrieg hat auch nicht die für den Kuznets-Zyklus zentrale Abmilderung der Einkommen zwischen Landwirtschaft und Industrie ausgelöst. Auf den Ersten Weltkrieg lassen sich zudem die Wohlfahrtsstaats- und Bildungsreformen der 1920er-Jahre nur bedingt, schon gar nicht die Reformen von späten 1940er-Jahren bis in die frühen 1970er-Jahre zurückführen.

Im Ganzen ist aber das Buch von Branko Milanović ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der sozialen Ungleichheit. Es eröffnet neue Perspektiven, stellt stimulierende Thesen auf und modifiziert unseren Blick auf dieses Thema. Für die Geschichte der sozialen Ungleichheit muss man es gelesen haben.

*Hartmut Kaelble, Berlin*

#### **Zitierempfehlung:**

Hartmut Kaelble: Rezension von: Branko Milanović, Die ungleiche Welt. Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht, Suhrkamp Verlag, Berlin 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81819>> [31.5.2017].

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu Hartmut Kaelble, Mehr Reichtum, mehr Armut. Soziale Ungleichheit vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt 2017.

**William Blackstone, Commentaries on the Laws of England, 4 Bde., hrsg. von Wilfrid Prest, Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2016, vol. I: Of the Rights of Persons, with an Introduction, Notes, and Textual Apparatus by David Lemmings, liii + 410 S.; vol. II: Of the Rights of Things, with an Introduction, Notes, and Textual Apparatus by Simon Stern, xxxvii + 425 S.; vol. III: Of Private Wrongs, with an Introduction, Notes, and Textual Apparatus by Thomas P. Gallanis, xxviii + 378 S.; vol. IV: Of Public Wrongs, with an Introduction, Notes, and Textual Apparatus by Ruth Paley, xxxiii + 409 S., kart., 65.00 £, auch als E-Book erhältlich.**

Wenn ein Rechtsbuch seit 250 Jahren ununterbrochen in Druck ist und seit so vielen Generationen für gebildete Leser, keineswegs ausnahmslos Juristen, zur Pflichtlektüre nicht nur in England, sondern in vielen Teilen der Welt gehört, dann muss dieses Werk über eine ganz besondere Anziehungs- und Ausdruckskraft verfügen. Von William Blackstones »Commentaries on the Laws of England« (1765–1769) ist dieses immer wieder behauptet worden, ob man sie nun zu einem der fünf bedeutendsten Werke erklärte, die je über englisches Recht geschrieben wurden, oder wie Daniel Boorstin feststellte, es in der Geschichte der amerikanischen Institutionen kein Werk gebe, außer der Bibel, das einen größeren Einfluss ausgeübt habe als Blackstones »Commentaries«. Doch außerhalb des angloamerikanischen Kulturkreises werden die Stimmen verhaltener. Gewiss waren von den Zeitgenossen so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Gaetano Filangieri und Honoré-Gabriel de Riqueti Mirabeau voll des Lobes. Doch im 19. Jahrhundert äußerte sich Alexis de Tocqueville eher abschätzig über Blackstone, während Rudolf Gneist zwar den »Commentaries« als »weltberühmte Schrift« seinen Tribut zollte, doch offensichtlich nicht sonderlich viel mit ihnen anzufangen wusste.

Nun mag man geneigt sein, ob als Erklärung oder Entschuldigung, auf die unterschiedlichen Rechtssysteme zu verweisen, auf der einen Seite das durch das römische Recht geprägte, sich auf den Weg seiner Kodifizierung begebende Rechtssystem, auf der anderen Seite das des *Common Law*. Vertieft man sich jedoch in die Lektüre der »Commentaries«, wird rasch deutlich, dass dieser Erklärungsversuch zu kurz greift. Nicht nur blickt Blackstone immer wieder auf das römische Recht zurück. Er preist Edward I. (1272–1307) als jenen, der rund 200 Jahre nach der normannischen Eroberung mehr als jeder andere englische König seither zur Wiederherstellung und Festigung des englischen Rechts unternommen habe, so dass er ihm den Ehrentitel des englischen Justinian verleiht (IV, 274). Zudem entwirft Blackstone mit seinen »Commentaries« eine ebenso eindrucksvolle wie eigenwillige Systematisierung des englischen Rechts, für die er zwar ansatzweise auf Vorläufer zurückgreifen konnte, die aber nicht zuletzt angesichts der allgemeinen Auffassung eines chaotischen und irrationalen Systems, eine herausragende geistige Leistung darstellt und in der Folge wesentlich zu den dann im 19. Jahrhundert um sich greifenden, doch sämtlich gescheiterten Bemühungen einer Kodifizierung des *Common Law* beigetragen haben dürfte.

Die Gründe für die Distanz und Sprachlosigkeit Gneists und anderer liegen auf einer anderen Ebene. In dem Spannungsfeld von Freiheit und Ordnung ist Recht in den vom römischen Recht geprägten Rechtssystemen des Kontinents ein Synonym für Ordnung. Der deutsche Begriff der Rechtsordnung, in dem sich die Rechtsstaatlichkeit manifestiert, bringt diesen Zusammenhang sinnbildlich zum Ausdruck. Für den eher konservativen Blackstone ist Recht, das *Common Law* und, so würde Albert Venn Dicey gut einhundert Jahre später ergänzen, die *rule of law* hingegen die Sicherstellung der Freiheit, eine Überzeugung, die ihn, bezogen auf England, mit dem von ihm hoch geschätzten Charles de Montesquieu verband. Diese Verbindung mit Freiheit, ja der eigentliche Sinn des englischen Rechtssystems, die Freiheit seiner Bürger zu sichern, ist das genuine Thema der »Commentaries«. Immer wieder bringt Blackstone diese Grundüberzeugung das ganze Werk hindurch zum Ausdruck. So stand es für ihn außer Frage, dass ein politisches wie ein Rechtssystem allein dazu bestimmt seien, »to maintain civil liberty, which leaves the subject entire master of his own conduct, except in those points wherein the public good requires some direction or restraint« (I, 86). Daher stellte für ihn der Ge-

schworenenprozess »the glory of the English law« dar, erlaube er doch jedem in der Gewissheit zu leben, dass er »in his property, his liberty, or his person« lediglich beeinträchtigt werden könne »by the unanimous consent of twelve of his neighbours and equals« (III, 249), während das Habeas Corpus-Gesetz von 1679, »that great bulwark of our constitution« – auch der Staat, so muss man es übersetzen, hat meine Freiheit zu respektieren, was immer er mir vorwirft, bis zu einem rechtmäßigen Urteil –, einer zweiten Magna Charta gleichkomme (IV, 282–283). Doch sein Lobgesang auf die Freiheit gipfelte in der Feststellung, »the true liberty of the subject consists not so much in the gracious behaviour, as in the limited power, of the sovereign« (IV, 279), eine Erkenntnis, die heute aktueller ist denn je, selbst wenn aus dem »subject« längst ein Bürger geworden ist und der »sovereign« nicht länger der Monarch, sondern das Volk ist. Und dennoch durchzieht diese Feststellung, von Ausnahmen abgesehen, 250 Jahre weltweiter Verfassungsgebung gleich einem Anathema, ob nun der machtvolle Staat das Ziel nicht allein konservativer Bestrebungen ist oder das nicht erst heute virulente Streben, der Stimme des Volks ungehindert Geltung verschaffen zu wollen, um sein wahres Glück zu befördern.

Blackstone heute lesen, ist mithin durchaus zeitgemäß und ein Bildungsauftrag genau wie vor 250 Jahren. Gewiss, viele seiner Beispiele mögen heute antiquiert und eher als Fall für den englischen Rechtshistoriker erscheinen. Doch die Grundfragen von Recht und Freiheit, die Zusammenhänge und das Ineinandergreifen ihrer Komponenten, die elementaren Fragen des Zusammenlebens in einer Gemeinschaft haben nichts von ihrer Aktualität verloren und sind alles andere als ein Spezialthema für Juristen. Man muss Blackstone deshalb nicht in allen Punkten zustimmen, aber wer etwa die kardinale Bedeutung einer funktionierenden Machtbegrenzung der Regierung wie des Volks für eine freiheitliche Ordnung zurückweisen will, braucht mehr als Schlagworte oder Parteiprogramme.

Umso mehr ist es Wilfrid Prest zu danken, dem ausgewiesenen Blackstone-Kenner unserer Tage, dass er es auf sich genommen hat, zusammen mit Oxford University Press eine kritische Neuauflage der »Commentaries«, noch dazu zu einem sensationellen Preis, auf den Weg zu bringen. Nach dem ähnlich preiswerten Faksimile-Nachdruck der Originalausgabe der *Commentaries* von 1765–1769 durch die Chicago University Press 1979, bei der jeder Band lediglich mit einer kurzen Einleitung von Stanley N. Katz, A. W. Brian Simpson, John H. Langbein bzw. Thomas A. Green versehen war, liegt nunmehr erstmals eine historisch-kritische Neuauflage vor. In ihr äußert sich jeder Herausgeber der Einzelbände zur Entstehung, Rezeptionsgeschichte und den Auswirkungen seines betreffenden Bandes. Zusätzlich sind am Ende jeden Bandes alle Textänderungen und -ergänzungen dokumentiert, die Blackstone in den zu seinen Lebzeiten erschienenen sieben weiteren Auflagen von 1766 bis 1778 eingefügt hat, sowie in der posthumen 9. Auflage von 1783, deren Korrekturen der 1780 verstorbene Blackstone zwar noch begonnen hatte, die aber nach seinem Tod von Richard Burns fortgeführt und abgeschlossen wurden, ohne dass heute in der Mehrzahl der Fälle mit letzter Gewissheit bestimmt werden kann, was davon noch eigenhändig Blackstone ist bzw. offensichtlich Burns zugeschrieben werden muss. Des Weiteren enthält jeder Band je eine Auflistung aller von Blackstone im jeweiligen Band zitierten Gerichtsfälle bzw. Parlamentsgesetze, stets mit Angabe der konkreten Textseiten, auf denen er sich dazu äußert. Ferner findet sich in jedem Band ein »Index of Persons and Places«. Sie alle ergänzen Blackstones eigenen Index zu dem Gesamtwerk, der hier ebenfalls (IV, 379–409) abgedruckt ist.

Entstanden ist auf diese Weise ein Standardwerk, an dem die zukünftige Blackstone-Forschung nicht vorbeikommt und mit dem der unermüdliche australische Rechtshistoriker Wilfrid Prest seiner Auseinandersetzung mit Blackstone nach einer Briefedition (2006), einer Biografie (2008) und zwei Konferenzbänden (2009 und 2014) einen weiteren Höhepunkt hinzufügt. Was man gemeinhin allein Jubilaren zuruft, schuldet ihm angesichts dieses neuerlichen Kraftaktes nicht allein die weltweite Blackstone-Gemeinde: *Ad multos annos!*

Horst Dippel, Kassel

#### Zitierempfehlung:

Horst Dippel: Rezension von: William Blackstone, *Commentaries on the Laws of England*, 4 Bde., hrsg. von Wilfrid Prest, Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81820>> [31.5.2017].



**Robert Gerwarth, Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs, Siedler Verlag, München 2017, 478 S., geb., 29,99 €, auch als E-Book erhältlich.**

Bücher zum Ersten Weltkrieg, dessen Ursachen und Folgen, sind nicht erst seit dem 100. Jahrestag des Beginns dieses Kriegs en vogue. Einen Paradigmenwechsel bei der Betrachtung der Ursachen, weg von der Betonung der deutschen, wenn nicht Allein-, so doch Hauptschuld hin zur mehr oder weniger gleich großen Verantwortung aller beteiligten Großmächte hatte schon Christopher Clarks Studie wie Bestseller »Die Schlafwandler« ausgelöst. Deren Thesen stehen gleichsam paradigmatisch für zentrale Sichtweisen der Literatur des Gedenkjahres und bestimmten den Tenor der einschlägigen Diskussionen, wie Roger Chickering in seinem Forschungsbericht »Deutschland im Ersten Weltkrieg« herausgearbeitet hat. Dies betrifft insbesondere Clarks Grundannahme, die deutsche Politik vor dem Kriegsausbruch sei im Kern nicht illegitimer oder aggressiver gewesen als die der anderen Mächte. Von diesem Ausgangspunkt her ist kein weiter Weg mehr zur Perspektive den Krieg selbst als »eine von niemandem gewollte, gemeineuropäische – oder gemeinmenschliche – Tragödie [zu] beschreiben«.<sup>1</sup>

Robert Gerwarths Studie zum »blutige[n] Erbe des Ersten Weltkrieges«, die im englischen Original einen weniger affektiv aufgeladenen Titel trägt,<sup>2</sup> bewegt sich einerseits innerhalb dieses Mainstreams, geht aber andererseits darüber hinaus. Gerwarth, der am University College in Dublin lehrt und Leiter des dortigen Zentrums für Kriegsstudien ist, hatte schon 2013 als Mitherausgeber und Autor einen Sammelband zur Gewalt nach dem Ersten Weltkrieg vorgelegt, an den er mit seiner neuen Monografie anschließt.<sup>3</sup> Da er den Fokus auf die Eskalation der Gewalt zwischen 1917 und 1923 legt, also die Endphase des Kriegs und der Nachkriegsjahre, geht er mit leichter Hand über die Ursachen des Ersten Weltkriegs hinweg bzw. stellt wie selbstverständlich in den Raum, bis zum Kriegsbeginn habe eine weitgehend stabile europäische Ordnung bestanden, es habe »keinerlei Anzeichen« für einen drohenden Zerfall der kontinentaleuropäischen Reich gegeben. Vom Balkanraum und dem osmanischen Reich abgesehen, habe das »Bild eines insgesamt friedlichen Europas« dominiert (S. 23f.).

Dezidiert wendet sich Gerwarth gegen die »Brutalisierungsthese« des amerikanischen Historikers George L. Mosse, die Gewalterfahrungen in den Front- und Grabenkämpfen des Ersten Weltkriegs habe zu einer nachhaltigen Verrohung des Kriegs und der Gesellschaft geführt.<sup>4</sup> Schließlich hätten die meisten Veteranen, die für die Mittelmächte kämpften, nach dem Krieg soweit sie nicht in weitere militärische Auseinandersetzungen und Bürgerkriege nach 1918 verwickelt waren, in ein friedliches Zivilistenleben zurückgefunden. Nach Gerwarth war es vor allem die Art und Weise, wie der Krieg für die europäischen Verliererstaaten zu Ende ging, welche die Saat für die spätere Stufe der Eskalation im Zweiten Weltkrieg legte: ungeklärte oder unbefriedigende Grenzziehungen, Zusammenbruch der Reiche und Revolutionswirren. Dies gelte vor allem für das von Gewaltexzessen heimgesuchte Mittel-, Ost- und Südosteuropa zwischen formalem Kriegsende und 1923.

Dabei sieht Gerwarth eine klare Verbindung zum späteren Vernichtungskrieg, vor allem im »Unternehmen Barbarossa« 1941–1945. Das zentrale Narrativ seiner Darstellung lässt sich wie folgt skizzieren: Die Kriegführung ab 1941 lasse sich bis in die Endphase des Ersten Weltkriegs und die Art und Weise wie dieser geführt wurde, zurückverfolgen. Zwar habe in weiten Teilen Kontinentaleuropas vor Beginn des Ersten Weltkriegs relative Rechtssicherheit und Stabilität geherrscht und auch noch während des Kriegs das polizeilich durchgesetzte staatliche Gewaltmonopol abseits der Front bestanden,

---

<sup>1</sup> Roger Chickering, Deutschland im Ersten Weltkrieg. Betrachtungen zur Historiografie des Gedenkjahres, in: AfS 55, 2015, S. 395–444, S. 444.

<sup>2</sup> Robert Gerwarth, *The Vanquished. Why the First World War Failed to End, 1917–1923*, London 2016.

<sup>3</sup> Robert Gerwarth/John Horne (Hrsg.), *Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt nach dem Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2013.

<sup>4</sup> Gerwarth bezieht sich dabei auf George L. Mosse, *Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben*, Stuttgart 1993.

doch bereits der armenische Genozid habe einen Vorgeschmack auf die neue entgrenzte Gewaltlogik gegeben, die sich zunehmend entwickelte. Nach der russischen Februarrevolution 1917 und der bolschewistischen Machtübernahme noch im gleichen Jahr sei der Zerfall der Vorkriegsordnung offensichtlich gewesen und habe gewaltbereiten Akteuren neue Machtoptionen eröffnet. In den anschließenden Konflikten und Bürgerkriegen zwischen 1917 und 1923 sei eine radikale Abkehr aller seit den Religionskriegen üblichen Bemühungen festzustellen, den Krieg einzuhegen, indem man zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten zu unterscheiden hatte. Damit wurde der Feind nun grundsätzlich kriminalisiert, das Paradigma »einen iustus hostis (gerechten Feind)« vor sich zu haben, in Richtung entgrenzter Gewalt obsolet (S. 326).

Sowohl im journalistischen als auch wissenschaftlichen Bereich wird die Betrachtungsweise und Analyse Gerwarths gelobt. Jens Bisky zufolge zeigt Gerwarths Studie, dass »der strategische Einsatz von Terror, die Entmenschlichung des Gegners, die ›genozidale Logik‹ in den Jahren des europäischen Bürgerkriegs 1917–1923 erlernt worden« waren; Jochen Böhler sieht in Gerwarths Werk das Produkt von einem »Jahrzehnt intensiver Forschung zu paramilitärischer Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg in ihrer Bedeutung für das ›Zeitalter der Extreme‹«. <sup>5</sup>

Gerwarths Studie erscheine noch überzeugender, wenn er den zeitlichen Rahmen ab 1914 gewählt hätte, da Kriegsursachen und Kriegführung zusammenhängen. Das heißt nicht, dass er sie dann wie Ian Kershaw bis 1949 hätte weiterführen müssen. <sup>6</sup> Hinsichtlich seiner Quellennachweise fällt auf, dass er zwar umfassende Literaturangaben macht und als Fundus für sein Buch 18 Archive in acht Ländern nennt, aber keine konkreten Bestände, also beispielsweise nur »Bundesarchiv (Berlin)« und dieser Fundus in seinem Anmerkungsapparat kaum angegeben wird.

*Wigbert Benz, Karlsruhe*

#### **Zitierempfehlung:**

Wigbert Benz: Rezension von: Robert Gerwarth, Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs, Siedler Verlag, München 2017, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81821>> [31.5.2017].

---

<sup>5</sup> Jens Bisky, Zerfalls- und Staatenbildungskriege. Als Europa Ort von Höllenorgien war. Rezension, in: SZ, 9.2.2017, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/zerfalls-und-staatenbildungskriege-als-europa-ort-von-hoellenorgien-war-1.3360739> [31.5.2017]; Jochen Böhler, Rezension zu: Gerwarth, Robert, Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs. München 2017, in: H-Soz-Kult, 26.04.2017, online unter <http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-25836> [31.5.2017].

<sup>6</sup> Ian Kershaw, Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, München 1949.

**Glenda Sluga/Patricia Clavin (Hrsg.), *Internationalisms. A Twentieth-Century History*, Cambridge University Press, Cambridge/New York 2017, xiv + 372 S., geb., 64.99 £, auch als E-Book erhältlich.**

Die neun Autorinnen und fünf Autoren dieses Sammelbands streben mit ihren Aufsätzen an, auf die Relevanz aufmerksam zu machen, die internationalistische Aspekte für zentrale Fragen der Geschichte des 20. Jahrhunderts hatten, also vor allem für Krieg und Frieden, für Nationalismus, Imperialismus und Globalisierung und für das Agieren von Staaten in der internationalen Arena. Zudem wollen sie die gegenseitigen Abhängigkeiten dieser Ideen und damit zusammenhängender Praktiken beleuchten sowie die große Vielfalt darstellen, mit der Akteure im 20. Jahrhundert den Begriff »Internationalismus« inhaltlich füllten und begründeten. Dies ist ihnen glänzend gelungen.

Drei sich verschiedenen Aspekten des Themas nähernde Teile gliedern den Band. Der erste Teil widmet sich Organisationen und Bewegungen, die traditionell mit Internationalismus in Verbindung gebracht wurden: Abigail Green befasst sich mit religiösem Internationalismus am Beispiel jüdischer Organisationen im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Patrizia Dogliani betrachtet die sozialistischen und kommunistischen Internationalen bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts sowie weitere übernationale Kooperationen der politischen Linken. Glenda Sluga thematisiert transnationale Frauenbewegungen, vor allem aber die Beteiligung von Frauen an und die Bedeutung feministischer Positionen für die Entwicklung des liberalen und sozialistischen Internationalismus im 20. Jahrhundert. Patricia Clavin wiederum befasst sich mit den Wandlungen der Weltwirtschaft im Gefolge des Ersten Weltkriegs und fragt dabei nach der Bedeutung männlich dominierter, transnationaler Netzwerke in internationalen Gremien, in der Wissenschaft und in Zentralbanken.

Der zweite Teil konzentriert sich auf das Wechselverhältnis zwischen (National-)Staaten und internationalistischen Bewegungen, Ideen und Organisationen. Susan Pedersen macht deutlich, wie das von seinen Urhebern als Bewahrer imperialer Herrschaft angelegte Mandatssystem des Völkerbunds eine bemerkenswerte Eigendynamik entwickelte, das zumindest teilweise zur Unterminierung kolonialer Herrschaft beitrug. Andrew Webster hebt das Bemühen des Völkerbunds um Abrüstung hervor, das insgesamt zwar scheiterte, in Einzelfragen (Giftgasverbot) aber und vor allem im Verfahren des öffentlichen Verhandels durchaus Erfolge verbuchen konnte. An den Beispielen Japans und Chinas verdeutlicht Liang Pan, wie wichtig die Verfolgung nationaler Interessen für das internationale und transnationale Engagement von Regierungen war – eine Beobachtung, die auch Madeleine Herren in ihrem Beitrag zu den internationalistischen Interessen und Aktivitäten der autoritären, faschistischen und nationalsozialistischen Regierungen Japans, Italiens und Deutschlands unterstreicht, die selbst während des Zweiten Weltkriegs nicht beendet wurden. Talbot Imlay wiederum greift den Faden von Patrizia Dogliani auf und befasst sich mit den grenzüberschreitenden Kooperationen sozialistischer Parteien seit dem Ersten Weltkrieg.

Die Beiträge des dritten Teils untersuchen, wie im Spannungsfeld von nationalen Regierungen, imperialer Herrschaft und inter- wie transnationaler Kooperation Themen gesetzt, Akteursgruppen konstituiert und Probleme angegangen sowie neue Problemfelder sichtbar wurden. Sunil S. Amrith betrachtet die Beteiligung von Staaten und kolonialen Verwaltungen sowie von Experten aus Asien an den internationalen Gesundheitsorganisationen des Völkerbunds und der UN. Er verdeutlicht dabei, wie diese Kooperationen im Rahmen vermeintlich unpolitischer »technischer« Organisationen zur Delegitimierung kolonialer Herrschaft beitrugen. Natasha Wheatley erörtert, wie infolge des im Rahmen des Völkerbunds verankerten Minderheitenrechts und des Mandatssystems neue organisationsfähige Akteursgruppen entstanden, die sich international Gehör verschaffen und selbst juristisch aktiv werden konnten. Roland Burke knüpft daran an, wenn er aufzeigt, wie nach dem Zweiten Weltkrieg Menschenrechtsrhetorik und -praxis der Vereinten Nationen vor allem den Nationalstaat in den Mittelpunkt des Handelns stellten, während ab den 1960er-, vor allem aber ab den 1970er-Jahren zuneh-

mend zivilgesellschaftliche Akteure die Meinungshoheit eroberten und Staaten als Verletzer von Menschenrechten anprangerten. Hanne Hagtvedt Viks Beitrag komplettiert diese Sicht, indem sie die Entstehung der international agierenden Akteursgruppe »indigene Völker« im Spannungsfeld von trans- und internationaler Kooperation einerseits und nationaler Souveränität andererseits seit den 1970er-Jahren beleuchtet. Sandrine Kott schließlich zeigt in ihrem Beitrag, wie die Blockkonfrontation im Kalten Krieg auf beiden Seiten die Ausformulierung konträrer ideologisch begründeter Internationalismen mit jeweils globalem Anspruch beförderte. Sie verweist auch darauf, wie internationale Organisationen – vor allem der UN-Familie – in Folge des Kalten Kriegs blocküberschreitende Kooperation im politischen Bereich blockieren, in »technischen« Belangen die Zusammenarbeit von Experten hingegen befördern konnten.

Die Beiträge bieten im Einzelnen durchweg spannende Einblicke in ihre jeweiligen empirischen Fallbeispiele. In ihrer Gesamtschau aber stechen vier Aspekte als zentrale Erkenntnisse des gesamten Sammelbands heraus, die im Einzelnen zwar bereits diskutiert wurden – nicht zuletzt von den Beiträgern selbst<sup>1</sup> –, in ihrer hier zusammen präsentierten inhaltlichen Breite und empirischen Tiefe jedoch eine neue Qualität erhalten, die erkenntniserweiternd wirkt. So wird, erstens, die Vielfalt der im internationalen Bereich handelnden Akteure und Akteursgruppen deutlich, die von Gruppen weniger Experten (Clavin, Amrith) über nationale Verbände und Parteien (Green, Dogliani, Sluga, Imlay) sowie Regierungen (Pedersen, Webster, Pan, Herren, Burke, Kott) bis hin zu neu entstehenden internationalen NGOs und grenzübergreifenden Netzwerken (Wheatley, Hagtvedt Vik) reicht. Unterstrichen wird, zweitens, dass Internationalismus ideologisch nicht festlegbar war oder ist. Wie insbesondere die Beiträge von Green, Dogliani, Pan, Herren, Imlay und Hagtvedt Vik verdeutlichen, kooperierten Akteure aus politischen, religiösen und sozialen Strömungen und Bewegungen fast jedweder Couleur über Grenzen hinweg. Drittens ist bemerkenswert, wie viele der beleuchteten Akteure kaum aufgrund kosmopolitischer Einstellungen, im Interesse der Völkerverständigung oder aus Erkenntnis grenzübergreifender bis globaler Probleme handelten. Obwohl solche Motive natürlich nicht fehlten, war für viele Beteiligte ganz offenbar die Möglichkeit ausschlaggebend, inter- und transnationale Kooperation als ein Mittel zu nutzen, um partikularistische Interessen zu verfolgen und durchzusetzen – sei es im Namen einzelner Staaten (Pedersen, Webster, Pan, Herren, Amrith, Burke, Kott) oder bestimmter sozialer Interessengruppen (Green, Dogliani, Sluga, Pedersen, Imlay, Wheatley, Hagtvedt Vik). Viertens schließlich werden mittel- und langfristige Folgen internationalistischen Engagements deutlich, die von den Initiatoren nicht nur nicht immer intendiert waren, sondern teils sogar gegenläufige Ergebnisse brachten und neue Akteursgruppen mit eigenen Agenden konstituierten (insbesondere Pedersen, Amrith, Wheatley, Kott).

Es fällt auf, dass im Sammelband Beiträge fehlen, die sich eingehender mit weiteren, offensichtlich grenz- und kontinentüberschreitend agierenden Akteuren befassen, zu denen seit dem 19. Jahrhundert etwa Wissenschaftler und Experten oder (multinationale) Unternehmen und privatwirtschaftliche Verbände gehören. Zu vermuten ist gleichwohl, dass solche Beiträge den Band durchaus bereichert, aber keine grundlegend anderen Erkenntnisse zu Tage gefördert hätten.

Was manchen Leser etwas orientierungslos zurücklassen könnte, ist die Tatsache, dass die Herausgeberinnen nicht explizit machen, was sie und ihre Co-Autoren unter »Internationalismen« verstehen. In ihrer Einleitung erwähnen sie zwar, dass es sich dabei um Ideen und Praktiken gleichermaßen handelt (S. 3). Ausführlich gehen sie auch darauf ein, welche Mythen und Fehlurteile der Band in Frage stelle, die in Bezug auf die Geschichte des Internationalismus bestünden. Dazu gehörten etwa der vermeintlich utopische Charakter von internationalistischem Handeln, die Unterstellung, es habe sich um Elitenphänomene gehandelt oder die Behauptung, es gebe »guten« und »schlechten« Internationalismus. Tatsächlich stellt der Band solche Annahmen erfolgreich in Frage und die Aufsätze tragen damit implizit auch dazu bei, den Begriff »Internationalismus« zu definieren. Mit der präsentierten Vielfalt von Möglichkeiten, Internationalismen und deren Bedeutung für die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu verstehen und zu untersuchen, werden zudem neue Forschungsperspektiven eröffnet. Dennoch wäre es hilfreich gewesen, genau diese Vielfalt explizit zu diskutieren und zu problematisieren, schon allein um Vorwürfen der Beliebigkeit des Begriffs vorzubeugen.

*Martin Bemann, Freiburg*

---

<sup>1</sup> Stellvertretend sei verwiesen auf *Glenda Sluga*, *Internationalism in the Age of Nationalism*, Philadelphia 2013.



**Zitierempfehlung:**

Martin Bemann: Rezension von: Glenda Sluga/Patricia Clavin (Hrsg.), *Internationalisms. A Twentieth-Century History*, Cambridge University Press, Cambridge/New York 2017, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81822>> [31.5.2017].

**Paul Levi, Schriften, Reden, Briefe. Bd. II/1 u. Bd. II/2: Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Sozialdemokratie, Sozialistische Politik und Wirtschaft. Sämtliche Texte, hrsg. von Jörn Schütrumpf, Karl Dietz Verlag, Berlin 2016, 663 u. 715 S., geb., 49,90 € pro Band.**

Paul Levi (1883–1930) gehört zu den wichtigsten Persönlichkeiten der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Allerdings entzieht sich Levis politischer Lebensweg allzu einfacher (partei-)politischer Zuordnung: Nach einem Jura-Studium als Rechtsanwalt zunächst in Frankfurt am Main tätig, begegnete der junge Sozialdemokrat Levi kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs Rosa Luxemburg und verteidigte sie in zwei landesweit Aufsehen erregenden Gerichtsverfahren zu ihrem antimilitaristischen Engagement. Als Kriegsgegner begleitete er Luxemburg in den Spartakusbund und fungierte zeitweilig auch als ihr Verbindungsmann zu Lenin in dessen schweizerischem Exil. Mit Luxemburg verließ er die SPD und wurde Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei (KPD), im Frühjahr 1919 dann für knapp zwei Jahre auch deren Vorsitzender. In diese Phase fällt das von Levi mit großer Konsequenz betriebene Herausdrängen des antiparlamentarischen Flügels der Partei auf dem Heidelberger Parteitag sowie wie die Vereinigung der kleinen KPD mit dem linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD) zur Vereinigten Kommunistischen Partei (VKPD) unter dem Ballast der kontroversen »21 Bedingungen« der Kommunistischen Internationale (Komintern) für diesen Zusammenschluss. Nachdem er im Streit um die von der Komintern erzwungene Spaltung der Italienischen Sozialistischen Partei Anfang 1921 als Parteivorsitzender zurückgetreten war, wurde er nach seiner tiefgreifenden öffentlichen Kritik an dem als »März-Aktion« bezeichneten Aufstandsversuch der KPD in der Broschüre »Unser Weg. Wider den Putschismus« im Frühjahr desselben Jahres aus der Partei ausgeschlossen. Levi und einige Weggefährten sammelten sich zunächst in der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG), bis er mit anderen nach einer kurzen Übergangszeit bei der USPD mit einem großen Teil dieser Partei dann 1922 in die Vereinigte Sozialdemokratie zurückkehrte. Hier wurde Levi schnell zu einem der intellektuellen Wortführer des linken Parteiflügels. Ein maßgebliches Medium dazu war die von ihm bis ins Jahr 1928 herausgegebene Zeitschrift »Sozialistische Politik und Wirtschaft«, die neben Levi auch einer Zahl weiterer Intellektueller im linken Umfeld der SPD eine publizistische Plattform bot. Im Jahr 1928 vereinigte sich die »SPW« mit einem weiteren linkssozialdemokratischen Organ zur Zeitschrift »Klassenkampf«, für die auch Levi weiterhin zur Feder griff. Neben seiner politischen Arbeit im Reichstag, er war seit 1920 Abgeordneter, blieb er auch als politischer Anwalt tätig. Levi starb 1930 unter nach wie vor ungeklärten Umständen bei einem Sturz aus einem Fenster seiner Wohnung.

Paul Levi war als Publizist ausgesprochen produktiv. Längere Monografien von ihm liegen nicht vor, sein Stilmittel waren politische Kommentare, kurze Abhandlungen und gelegentlich auch Texte in Form von Broschüren. Dabei bediente er nicht nur Publikationen aus dem Umfeld von Sozialdemokratie oder Kommunistischer Partei, sondern schrieb beispielsweise auch für linksbürgerliche Blätter wie Leopold Schwarzschilds »Tagebuch«. Der Natur dieser Veröffentlichungen entsprechend ist der übergroße Teil dieser Schriften weit verstreut und wenn überhaupt nur noch antiquarisch oder in Archiven erhältlich. In der Folge der Studentenbewegung erschien im Jahr 1969 ein Band mit »Schriften, Aufsätzen, Reden und Briefen« sowie im Jahr 2011 ein Band mit englischsprachigen Übersetzungen ausgewählter Texte.

Umso verdienstvoller ist es nun, dass sich der Berliner Karl Dietz Verlag an eine Herausgabe von »Schriften, Reden, Briefen« Paul Levis gemacht hat, deren ersten beiden Bände sämtliche Texte aus Levis eigener »Sozialistischen Politik und Wirtschaft« sowie dem »Klassenkampf« enthalten.

Die Beiträge zeigen Levi als einen historisch belesenen Analytiker und scharfzüngigen Kommentator der politischen Ereignisse. Dabei ist der Rahmen weit gesteckt: Neben innerparteilichen Fragen der Sozialdemokratie wie auch der Kommunistischen Partei nimmt Levi Fragen der ökonomischen Entwicklung, der Außenpolitik der Weimarer Republik und der politischen Verhältnisse in Deutschland insge-

samt in den Fokus. Immer wieder erfolgt auch ein Blick in Nachbarländer wie etwa Frankreich oder auf Entwicklungen in der Sowjetunion. Hinzukommen eine Reihe von Beiträgen zur politischen Justiz. Levi war im Reichstag unter anderem als Berichterstatter für den »Feme-Mord-Untersuchungsausschuss« tätig und verfolgte die Entwicklungen rund um die illegalen Wiederbewaffnungsversuche der Reichswehr sehr genau. Fast beiläufig entsteht so nicht nur ein spannendes Panorama der politischen Diskurse der sozialdemokratischen Linken in der Weimarer Republik, sondern auch eine pointierte Einschätzung zu den Grundfragen der Republik insgesamt: zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes, zum Stand der reaktionären Umtriebe und zu den Möglichkeiten des politischen Umgangs mit ihnen sowie zur politischen Strategie der Sozialdemokratie als eine die Republik erhaltende Kraft.

Bezüglich der SPD positionierte Levi sich nicht grundsätzlich gegen die Beteiligung an Koalitionsregierungen, hielt diese aber nur bei einem bestimmenden Einfluss der Partei für sinnvoll. Seine Perspektive war die einer starken und über alle Strömungen hinweg reichenden gemeinsamen Partei der Arbeiterbewegung, die in enger Fühlung mit den politischen Wahrnehmungen und Ansprüchen der Arbeiterinnen und Arbeiter selbst die nächsten politischen Schritte entwickelt. Gerade an diesen Stellen wird deutlich, dass die schlagwortartige Bezeichnung Levis als »Sozialdemokrat« oder als »Kommunist« sein politisches Denken verkürzt und somit nicht angemessen trifft.

Über die Frage, wem Paul Levi nun eigentlich gehört – sozialdemokratischer oder kommunistischer Tradition – ist immer wieder gestritten worden, ein Streit, der eher ablenkt als aufklärt. Daher ist wenig nachvollziehbar, dass der Herausgeber der »Schriften, Reden, Briefe«, Jörn Schütrumpf, in einigen Passagen seiner ansonsten sehr lesenswerten Einleitung genau in diese alten Schemata zurückzufallen scheint und unterschwellig den Eindruck erweckt, Paul Levi doch gerne zum »Kommunisten« machen zu wollen: So habe mit der Rückkehr Levis zur Vereinigten Sozialdemokratie im Jahr 1922 »nach acht Jahren Levis Spartakus-Phase« geendet (S. 34f.). Dies passt weder als organisationspolitische Einordnung noch als ernsthafte Einordnung von Levis Denken und Handeln. Die Einordnung von Levis Texten in der »SPW« erfolgt zudem fast ausschließlich in Bezug zum Kommunismus, die Einordnung Levis in den sozialdemokratischen Debattenkontext erfolgt demgegenüber nur äußerst knapp. Auch eine allgemeine politische Einordnung Levis in den zeitgenössischen linken politischen Diskurs unterbleibt weitgehend. Dies ist umso weniger nachvollziehbar als sämtliche im Band abgedruckten Texte vom SPD-Mitglied Levi verfasst wurden, der die Entscheidung für die SPD gerade nicht zufällig getroffen hatte.

Mit den beiden hier besprochenen Bänden liegt nun ein beeindruckendes Zeugnis der analytischen Schärfe und sprachlichen Brillanz des politischen Intellektuellen Paul Levi vor. Es ist sehr zu hoffen, dass die Herausgabe der Texte Levis mit weiteren Bänden möglichst bald fortgesetzt wird.

*Thilo Scholle, Lünen/Berlin*

#### **Zitierempfehlung:**

Thilo Scholle: Rezension von: Paul Levi, Schriften, Reden, Briefe. Bd. II/1 u. Bd. II/2: Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Sozialdemokratie, Sozialistische Politik und Wirtschaft. Sämtliche Texte, hrsg. von Jörn Schütrumpf, Karl Dietz Verlag, Berlin 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81823>> [31.5.2017].

**Franka Maubach/Christina Morina (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland, Wallstein Verlag, Göttingen 2016, 508 S., geb., 42,00 €, auch als E-Book erhältlich.**

Dieser Band zur Historiografiegeschichte im geteilten Deutschland ist selbst ein Stück Historiografiegeschichte des wiedervereinigten Landes. Wie die beiden Herausgeberinnen, eine in der DDR, die andere in der Bundesrepublik geboren, im Nachwort schreiben, entstand die Idee zu dem Buch in der Cafeteria der Jenaer Universitätsbibliothek im Sommer 2010 bei dem gemeinsamen Befund, die von der DDR-Geschichtswissenschaft hervorgebrachte Literatur führe ein Schattendasein in den Bibliotheksmagazinen. Damit gewähren Franka Maubach und Christina Morina einen Einblick in die Entstehungskontingenz von Buchprojekten und sie geben dem Lesenden eine Ahnung von dem langen Atem, den es für die Umsetzung eines ambitionierten Vorhabens brauchte, das nun in acht qualitativ eindrucksvollen und komplexen Aufsätzen der Erfahrungs- und Resonanzhistorie der deutsch-deutschen Geschichtswissenschaft zwischen 1945 und 1989 nachspürt.

Den überzeugenden und in den meisten Beiträgen fruchtbar angewandten Begriff der Resonanz (dessen Unschärfe als Möglichkeitsraum positiv gewendet wird) wählen die Herausgeberinnen, um die über eine bloße Begegnungs- und Beziehungsgeschichte hinausgehenden intertextuellen Bezugnahmen und auch die ephemeren Interaktionen zwischen Ost und West in den Blick zu nehmen. Innovativ und originell ist die Vorstellung von einem deutsch-deutschen Resonanzraum nicht zuletzt deshalb, weil er die DDR-Geschichtswissenschaft nicht nur von ihrem abrupten Ende her denkt, sie als eigene, autonome Disziplin ernst nimmt und abseits der etablierten Dichotomievorstellungen einen integrierten Blick auf die grenzüberschreitenden Historikertreffen, auf die Geschichte gegenseitiger Wahrnehmungen und manchmal subtiler Beeinflussungen und auf die offenen Auseinandersetzungen innerhalb der Systemgrenzen wirft – auch wenn manche zwischen Leben und Werk in den Beiträgen hergestellte Kausalität etwas kurzatmig und der noch in der Einleitung zitierten Warnung vor »biografistischen Kurzschlüssen« (Michael Jeismann) zuwiderläuft.

Die wechselseitige grenz- und systemüberschreitende Befasstheit mit den Forschungsergebnissen der jeweils anderen Seite bezeichnen die Herausgeberinnen treffend als »monologischen Dialog« (S. 23) der Protagonisten der Zeitgeschichtsschreibung in Ost und West, wie er zuletzt etwa in einem von Ludwig Nestler und Martin Broszat in den 1980er-Jahren initiierten gemeinsamen Vorhaben zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs zum Ausdruck kam. Ein Buchprojekt, das zunächst am Einspruch der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED scheiterte und schließlich erst nach der friedlichen Revolution zu Ende gebracht werden konnte, dann aber wenig Beachtung fand.

Seit Mitte der 1980er-Jahre hatte der sich in den 1950er-Jahren nahezu zum Stillstand gelangte und in den folgenden beiden Jahrzehnten nur sporadisch wieder aufgenommene Ost-West-Austausch wieder intensiviert, was auf beiden Seiten auch mit einem Wechsel hin zu pragmatisch und weniger ideologisch orientierten Akteuren (und sehr weniger Akteurinnen) zu tun hatte. Franka Maubach und Christina Morina konstatieren aber nicht nur eine zeitliche Konzentration, sondern auch eine inhaltliche Verdichtung der Resonanzen zwischen der Zeitgeschichtsschreibung in der DDR und der Bundesrepublik, vor allem bei solchen Themen, die vor den Jahren 1945/49 lagen.

Folgerichtig befasst sich die Mehrzahl der Beiträge des Bandes mit den Zäsuren der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der Brite Matthew Stibbe etwa erzählt von den »flüchtigen Allianzen« ost- und westdeutscher Weltkriegsforscher, wie sie etwa in den Reaktionen einschlägiger Experten in der DDR-Forschung (genannt werden unter anderem Fritz Klein, Werner Basler oder Ernst Engelberg) auf Fritz Fischers »Griff nach der Weltmacht« (1961) zum Ausdruck kamen. Klaus Latzel geht der asymmetrischen gegenseitigen Wahrnehmung der Forschungen zur November-



revolution 1918/1919 in der DDR und in der Bundesrepublik nach, als die Ostseite viel häufiger auf die Ergebnisse ihrer Westkollegen – oft auch in polemischer Weise – rekurrierte als umgekehrt.

In ihrem fragmentarisch angelegten und stilistisch anregenden Doppelporträt von Hans Mommsen und Kurt Pätzold, beide Jahrgang 1930, kommt Annette Leo zu dem Ergebnis, dass die beiden Holocaustforscher unabhängig voneinander zum ungefähr gleichen Zeitpunkt hinsichtlich des Prozesscharakters des nationalsozialistischen Judenmords zu ähnlichen Forschungsergebnissen gekommen sind. Wie Marion Detjen und Christoph Kleßmann in ihren Beiträgen legt Annette Leo dabei ihren eigenen Standpunkt als Autorin offen, was selten und ungewöhnlich ist, aber in der Einleitung als Anspruch des Bandes formuliert wurde. Ähnlich selbstreflexiv erzählt Kleßmann aus seiner Position als Akteur der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft von den vier deutsch-deutschen Zeithistorikergesprächen in den 1980er-Jahren und ergänzt seine persönliche Perspektive mit den Berichten, die einige der Teilnehmer seinerzeit im Auftrag der DDR-Staatsicherheit angefertigt hatten.

Marion Detjen setzt sich in ihrem Beitrag zur Geschichtsschreibung der Mauer in Ost und West ausführlich mit der »Grenzgänger«-Forschung von Jörn Schütrumpf auseinander, die sich wesentlich einem Zufallsfund auf dem Dachboden des Rathauses in Hohen Neuendorf verdankte, und deren Ergebnisse er sowohl in der DDR, als auch im bundesdeutschen »Journal Geschichte« publizieren konnte. Detjens Beitrag nimmt in dem sonst von Historikern dominierten Band auch einige Vertreterinnen der DDR-Geschichtswissenschaft in den Blick (verweist aber ansonsten auf das Desiderat einer geschlechtergeschichtlichen Analyse der DDR-Geschichtswissenschaft) und untersucht unter Verweis auf Bruno Latour auch die Praktiken der DDR-Geschichtswissenschaft, etwa den ungeliebten Ofendienst am Zentralinstitut für Geschichte in der Linienstraße, und seine Bedeutung für die Hierarchie innerhalb des Instituts. Der Niederländer Krijn Thijs berichtet abschließend vom Ende der DDR-Geschichtswissenschaft, ihren manchmal menschlich-schmerzlichen Nachwehen und dem letztlich erfolglosen Versuch, dem bloßen Aufgehen in den westlich-bürgerlich Paradigmen mit einem dritten Weg zu begegnen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Herausgeberinnen an anderer Stelle mehr über die komplizierte Entstehungsgeschichte dieses Bandes, die Auswahl seiner Autorinnen und Autoren (deren Biographien im Anhang leider fehlen), das zwischenzeitliche Ausscheiden von Mitwirkenden, die Konflikte und Auseinandersetzungen um einzelne Beiträge und Akteure (etwa Olaf Groehler) und den Verlauf der Vorbereitungstreffen erzählen. Denn viele Details der Genese dieses Werks könnten späteren Historiografiehistorikerinnen und -historikern wichtige Anhaltspunkte für den *status quo* der deutschen Geschichtswissenschaft ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der DDR geben und ihre weiterschwingenden Resonanzen offenlegen. Das Verdienst, diesen Resonanzen einen neuen Impuls gegeben, sie überhaupt erst auf den Begriff gebracht und mit erkenntnisreichen Inhalten gefüllt zu haben, kommt allen Autorinnen und Autoren, insbesondere aber den beiden Herausgeberinnen dieses wichtigen Bandes zu, dessen Ergebnissen selbst wiederum eine große, nachhaltige Resonanz zu wünschen ist.

*René Schlott, Potsdam*

#### **Zitierempfehlung:**

René Schlott: Rezension von: Franka Maubach/Christina Morina (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland, Wallstein Verlag, Göttingen 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81824>> [31.5.2017].

**Dieter Grimm, *Constitutionalism. Past, Present, and Future*, Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2016, VIII + 383 S., geb., 60.00 £, auch als E-Book erhältlich.**

Mit dem vorliegenden Band hat Oxford University Press erstmals eine größere Zahl, nämlich 18, der in der Regel vielbeachteten Aufsätze von Dieter Grimm einer englischsprachigen Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Sie sind im Original zwischen 1972 und 2015 erschienen, decken also einen Forschungs- und Reflexionszeitraum von mehr als vierzig Jahren ab. Das macht ihren Charme, aber auch ihr Problematik aus. Im Vergleich dazu waren Grimms beide wichtigsten auf Deutsch vorliegenden Aufsatzbände »Die Zukunft der Verfassung« (1991 und 2012) zumindest zeitlich geschlossener, in denen jedoch acht der hier abgedruckten Aufsätze nicht enthalten sind. Damit wird die inhaltliche Absicht des Autors deutlich.

Zwar soll der Band eine thematische Geschlossenheit aufweisen, indem die Aufsätze als Kapitel eines Buches erscheinen und – wiederum gleich einem Buch – in insgesamt neun Teile gegliedert sind: Introduction, Origins, Concepts and Function, Interpretation, Adjudication, The Future, Europeanization, Internationalization, Conclusion. Dennoch bleiben Unstimmigkeiten und Widersprüche. Die historischen Ursprünge, die Grimm durchaus wichtig sind und in seinen frühen Arbeiten theoretisch eindeutig auf Habermas und Luhmann fußten, haben sich in späteren Jahren schrittweise von diesen rigiden Positionen gelöst, wenn auch ohne an historischer Tiefenschärfe zu gewinnen. Grimm ist kein Historiker und beansprucht auch nicht, dies zu sein, und so wird man ihm die eine oder andere Lücke oder Fehldeutung in den Details des Konstitutionalisierungsprozesses in den amerikanischen Kolonien bzw. Staaten und in Frankreich im ausgehenden 18. Jahrhundert durchaus nachsehen. Gravierender wirkt sich dabei jedoch aus, dass er England praktisch völlig ausklammert – verfügt dieses Land doch bis heute nicht über eine Verfassung im Sinne des modernen Konstitutionalismus. Doch dabei entgeht ihm, dass kein zweites Land so wesentlich zur Entstehung des modernen Konstitutionalismus beigetragen hat wie das England zumal des 17. und 18. Jahrhunderts (vgl. dazu auch meine Rezension von William Blackstone, *Commentaries on the Laws of England*). Ohne dessen Verfassungsentwicklung und Freiheitlichkeit und die jahrzehntelangen Auseinandersetzungen mit beidem ist die Entstehung der modernen Verfassung in Amerika letztlich nicht zu verstehen und selbst jene in Frankreich nur zu einem Teil, wo dieses kulturelle Kapital fehlte und die amerikanischen Ideen in eine völlig andersartige historische Realität integriert werden mussten – mit den bekannten abweichenden Ergebnissen.

Ein anderes Zeugnis für die Weiterentwicklung des grimmschen Denkens ist das, was hier als die Europeanization bezeichnet wird. Hatte Grimm noch im ersten Band der »Zukunft der Verfassung« eine europäische Verfassung als unrealistisch verworfen, da es an einem europäischen Volk fehle, steht er nun der Frage einer Konstitutionalisierung der Europäischen Union offener gegenüber. Doch während er sich zu Anfang des Jahrhunderts eine Demokratisierung der EU durchaus noch vorstellen konnte (vgl. dazu »The Constitution in the Process of De-nationalization«, bes. S. 330), scheint seit einigen Jahren bei ihm in diesem Punkt die Skepsis zu überwiegen, wobei der dafür zentrale Aufsatz (»The Democratic Costs of Constitutionalization: the European Case«) bislang nicht auf Deutsch vorliegt. Das mag nicht zuletzt damit begründet sein, dass er den Schritt vom gegenwärtigen Status zu einem Bundesstaat zwar theoretisch für möglich hält, aber offen lässt, ob er aus seiner Sicht auch wünschenswert wäre. Dabei könnte hier die Geschichte zumindest Beispiele liefern: 1787 vollzogen die Vereinigten Staaten den Schritt vom Völkerrechtsobjekt (Staatenbund) zur Verfassung (Bundesstaat). 1848/49 scheiterte genau dieser Versuch in Deutschland an dem geschlossenen Widerstand der größeren deutschen Staaten. Die Parallelen zur heutigen europäischen Situation drängen sich förmlich auf.

Doch das eigentliche Thema Grimms ist letztlich ein anderes, und das unterscheidet diesen Band von seinen beiden deutschen Aufsatzbänden und begründet die Bedeutung der gegenwärtigen Edition, dessen Schlusssatz (»The Achievement of Constitutionalism and its Prospects in a Changed World«) ebenfalls bislang nicht auf Deutsch vorliegt. Die zentrale Botschaft dieses wie der vorausgehenden

Aufsätze der letzten gut zehn Jahre ist, dass Internationalisierung, Globalisierung und Europäisierung in ihren Tendenzen dazu führen, dass der Nationalstaat und seine Verfassung erodieren, indem zunehmend öffentliche wie private Akteure auftreten, die sich der nationalstaatlichen und damit der Kontrolle der nationalen Verfassungen entziehen, aber dennoch Rückwirkungen auf das öffentliche Leben und Politik des Nationalstaats haben. Als Konsequenz sind Öffentlichkeit und Staatlichkeit nicht mehr kongruent, und die nationale Verfassung verliert ihren traditionellen Anspruch, das Regelwerk für den öffentlichen Sektor des Staates zu begründen.

In diese fundamentalen Zukunftsfragen, nicht allein für den Verfassungsrechtler, führen die Analysen Grimms, wobei sie in diesen sich überschlagenden Zeiten nicht nur als Orientierungspunkte höchst willkommen sind, sondern durch die Entwicklungen seit Konzeption und Druck des Buches eher noch an Bedeutung gewonnen haben, ohne dass es dem Autor möglich war, darauf einzugehen. Gerade darum ist es geboten, dass dieser Band auch jenseits des englischen Sprachraums zur Kenntnis genommen und diskutiert wird.

*Horst Dippel, Kassel*

**Zitierempfehlung:**

Horst Dippel: Rezension von: Dieter Grimm, *Constitutionalism. Past, Present, and Future*, Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2016, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81825>> [31.5.2017].

**Michael Seelig, Alltagsadel. Der ehemalige ostelbische Adel in der Bundesrepublik Deutschland 1945/49–1975 (Adelswelten, Bd. 3), Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2015, 591 S., geb., 79,90 €.**

Kriegsniederlage, sowjetische Besatzung, Bodenreform und repressive »Junker-Politik« der DDR zerstörten die Grundlagen des altpreußischen Adels als führende wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Klasse. Durch Vertreibung und Flucht, Demütigung und Gewalt verloren diese Adeligen ihre vertraute Lebensumwelt. Ihre Rolle als historisch relevante Akteure schienen sie am Ende der 1940er-Jahre ausgespielt zu haben.

Eckart Conze hat wiederholt auf die erstaunlich spannungsfreie Integration dieses – nun nur noch an Zahl bedeutenden – Adels in Demokratie und Gesellschaft der Bundesrepublik hingewiesen. Einen eigenständigen, nachhaltigen Beitrag dieses Adels zu Aufbau, Struktur und Wandel Westdeutschlands, auf welchen konkreten Handlungsfeldern auch immer, vermochte er dagegen nicht zu erkennen. Michael Seelig geht mit seiner ambitionierten, nicht leicht zu lesenden, auf hohem Niveau argumentierenden, in vielem aber auch problematischen Studie, wie schon der Titel »Alltagsadel« anzeigt, von Conzes nüchternem Befund aus, will sich jedoch von diesem gerade erst erschlossenen weißen Forschungsfeld nicht vorschnell verabschieden. Aber wie konzipiert man dann eine Geschichtsschreibung, die diesen Adel »über die Zäsur von 1945/49 hinaus als historischen Gegenstand ernst nimmt«? Seelig schreibt in seiner Studie diesem Adel einen erzwungenen, völligen »Neubeginn« zu: eine problematische Prämisse, die Kontinuitäten von vornherein marginalisiert.

Brutal aus seiner jahrhundertealten Lebenswelt herausgerissen, weit über Westdeutschland verstreut, mittellos und ungesichert, mussten sich diese »Ostelbier« an fremden, ganz überwiegend städtischen Ankunftsorten, die ihren hergebrachten Selbstbildern und Handlungsroutrinen nur wenig Halt gaben, Orientierungen und Verhaltensweisen erarbeiten, die ihrem neuen Umfeld angemessen waren. Konnten sie, so die Leitfrage der Studie, aus den Trümmern, die sie aus ihrer ostelbischen Lebenswelt in den Westen gerettet hatten, überhaupt noch ein neues Bewusstsein adeliger Besonderheit und Gemeinsamkeit, wie reduziert auch immer, »erzeugen«, das sie befähigte, sich selbst weiterhin als Adel zu verstehen, zu erkennen und gegenseitig erkennbar zu machen? Oder verflüchtigte sich ihre durch Flucht und Vertreibung »raumlos« gewordene Adelsidentität der Vorkriegsjahre in ein zusammenhangloses, realitätsfernes Patchwork von Bedeutungs- und Verhaltensrelikten, so dass diesem Adel nur noch einige wenige Jahre scheinadeliger Existenz verblieben? Michael Seelig setzt, gestützt auf Aussagen Eckart Conzes und Monika Wienforts zur »Einhausung«, »Privatisierung« und Fortexistenz dieses Adels als »Weltanschauungsbesitzer«, auf die Möglichkeit einer erfolgreichen »Neu-Erzeugung«, der Erfindung eines neuen adeligen Selbst als Kollektiv wie als Person, die er mit einer kulturwissenschaftlich-konstruktivistischen Theoriearchitektur zu entschlüsseln und zu belegen sucht. Der Prozess, mit dem sich der ostelbische Adel der Vorkriegszeit in einen bundesrepublikanischen verwandelte, war in Seeligs Sicht dann real und gelungen, wenn die von diesem Adel kommunikativ als adelig erarbeiteten neuen Werteketten, Wahrnehmungsweisen und Denkmuster, sich in eine damit »korrespondierende«, genuin adelige Lebenspraxis umsetzen, die sich – wie begrenzt auch immer – ihren eigenen »Raum« schuf und dort eine soziokulturelle adelige Teilidentität, einen Rest an Adeligkeit auslebte. Kurz: Dieser Adel ermächtigte sich, indem er neue, seinem Ankunftsort und seiner neuen Lebenslage entsprechende Sinnstiftungen in neue Wahrnehmung, neues Selbstverständnis, neue Praxis und im Ergebnis in eine neue, nun bundesrepublikanische, aber weiterhin adelige Lebensform verwandelte, aus sich selbst heraus, also quasi autonom, zum Träger einer neuen *praktikablen* »adeligen Identität« (S. 521).

Der Band gliedert sich, diesem Ablauf folgend, in eine weit ausgreifende Einleitung und drei Großkapitel (mit jeweiligen Zwischenresümees), an die sich - statt eines Schlussresümees - eine gleichermaßen weit ausgreifende »Schlussbetrachtung« anschließt.



Die Einleitung erläutert zunächst die Ziele der Studie und rechtfertigt deren Vordringen in einen Zeitraum, der bisher für die Adelforschung terra incognita war. Seelig verzichtet weitgehend darauf, sein Thema in die leitenden Fragestellungen unseres Fachs zur Geschichte der Bundesrepublik einzubinden.<sup>1</sup> Stattdessen nur der karge Satz: Die Geschichte des Adels [sei] »ein Bestandteil der deutschen Geschichte nach 1945 wie die Geschichte jeder anderen Gruppe« (S. 11). Als Gegenstand der Studie wird im Anschluss daran der ostelbische Adel der mecklenburgischen und preußischen Regionen östlich der Elbe bestimmt, ein Adel mit einer bis 1945 gleichartigen, jahrhundertelangen Verankerung im herrschaftlich und patriarchalisch organisierten Großgrundbesitz und einem seit 1945 gemeinsamen neuen Erfahrungskern, der seiner Arbeit an neuen Selbsteutungen und neuem kollektiven Selbst den Antrieb, die Richtung und die Ideen geliefert hat: der schockierende Verlust des bis 1945 »maßgeblichen Bezugspunkts ...[seiner] adeligen Identitätsbildung« (S. 15).

Nach der überzeugenden Begründung einer zeitlichen Begrenzung der Studie auf die Jahre bis 1975 und einem ersten entschiedenen Bekenntnis zu seinem kulturwissenschaftlichen Zugriff auf den Gegenstand Adel (in betonter Abgrenzung vor allem zu »analytischen Konzepten der sozialen Lage«, S. 23), stellt Seelig das theoretische Grundkonzept seiner Untersuchung vor: ein analytisches Gebäude, das er aus einer Vielzahl »perfekt anschlussfähiger« Theoriebausteine philosophischer, sprachphilosophischer, soziologischer etc. Provenienz, aus deren Kernthemen, Begriffswelten und methodischen Anleitungen aufbaut. Im Zentrum der so entstehenden und für das Ziel der Studie »hervorragend geeigneten« (S. 28, 434). Untersuchungs-Architektur stehen die Strukturkonzepte Michel Foucaults zur Re-Konstruktion der systemischen »Erzeugung« von kollektiven und personalen (»Subjektivierung«) Weltansichten, Sinn- und Ordnungsvorstellungen, kurz: der Identität von Gruppen und Einzelnen durch Diskurse, Praktiken und nicht zuletzt Infrastrukturen (»Dispositive«), die diese ermöglichen und als »Akteure« mit zur Selbsterfindung beitragen. Dieser Werkzeugkasten zur Analyse der Integration des ostelbischen Adels in die bundesrepublikanische Gesellschaft wird vom Autor sicher, umfassend, belesen und anmerkungreich vorgestellt. Der Leser fragt sich allerdings, warum er mehr als fünf Druckseiten zum Theoriemodell der Studie lesen muss, wenn das hier ausgebreitete Wissen doch »mittlerweile zu den Standards des sozial- und kulturwissenschaftlichen Arbeitens« (S. 21) gehört, er andererseits aber auf die Erklärung der von Seelig angekündigten Arbeitsmethode einer detaillierten »analytischen Beschreibung« vergeblich wartet.

Der für die Untersuchung relevante Stand der historischen Adelforschung wird im Unterschied dazu, da nur wenig entwickelt, schnell resümiert: Eckart Conzes These der Einhausung, Monika Wienforts These einer weitgehenden Privatisierung des Adels nach 1945 und ihr wichtiger Hinweis auf das Privatrecht (vor allem Namensrecht, Haus- und Vereinsrecht), das die Re-Stabilisierung dieses Adels auch nach 1949 weiter entscheidend gestützt hat. Dazu die von Josef Matzerath für das 19. und frühe 20. Jahrhundert weiterentwickelten analytischen Konzepte einer fortschreitenden Erosion der politischen, ökonomischen und sozialen Machtgrundlagen des Adels, der *Entkonkretisierung* seines Anspruchs auf Besonderheit und seines Rückzugs auf die Funktion einer *Erinnerungsgruppe*, sowie, als eine Art Brückenkonzept, das Kulturmodell der *Adeligkeit*, das Seelig etwas überraschend einer Arbeit des historischen Ethnologen Wolfgang Kaschuba, damals Mitglied des Bielefelder Bürgertumprojekts, zuschreibt.

Was die *Quellengrundlagen* dieser Studie angeht, so spricht Seelig zwar von einem »umfangreichen Spektrum an Quellen«. Doch dominieren in seinem Quellenkorpus unübersehbar die Bestände des

---

<sup>1</sup> Es sei denn, man sieht in Seeligs etwas irritierenden, aus seiner konstruktivistischen Leitperspektive ein Stück weit heraus fallenden Auseinandersetzung mit Eckart Conzes Vermutung einer »behutsamen«, »nachholenden Verbürgerlichung« dieses Adels (S. 330) eine solche Einbindung. Hier führt der Weg Seeligs über das Konzept der »Verbürgerlichung«, zu dem es für die Jahre nach 1945 allerdings noch keinen hinreichenden Forschungsstand gibt, mit dessen Hilfe es möglich wäre, den Adel als verbürgerlicht zu bestimmen, zu einer »Ver-Mittelschichtung« (S. 330-332), wobei Seelig hier auf eine Klärung dieses vieldiskutierten sozialwissenschaftlichem Begriffs gänzlich verzichtet, zumal »der Forschung noch nicht klar ist, worin die Bürgerlichkeit der Mittelschicht konkret bestand« (S. 143). Von dort geht es weiter zu »Zivilgesellschaft« und »Zivilcourage« (S. 343 - 345), die zu einer Feststellung von Verbürgerlichung aber nicht brauchbar sind, weil diese Tugenden inzwischen »popularisiert« sind, also alle besitzen, und endet in der Schlussbetrachtung (S. 534) schließlich beim hier erstmals eingeführten Konzept des Adels als eines »sozialen Milieus«, allerdings wohl des einzigen in der Bundesrepublik, in dem der Zugang durch das Geburtsprinzip beschränkt wurde. Zum Abschluss dann endlich noch als Extra ein Forschungsansatz für eine eigene, ergiebigere Studie zur Überprüfung der Conzeschen These (S. 332).

Marburger Adelsarchiv: Familiennachrichten, Familiengeschichten, Rundschreiben der Adels- und Familienverbände, Protokolle der Familientage, Beiträge zum Deutschen Adelsblatt oder Adelsarchiv, Korrespondenzen einzelner Adliger mit der Redaktion des Gotha etc. Qualitative Quellen, insbesondere Autobiografien und Memoiren, werden im Literaturverzeichnis zwar in großer Zahl angeführt, in diese Studie aber, wegen deren Fokussierung auf Gruppenprozesse, nur sporadisch eingebracht und als Quelle unter der hier leitenden Fragestellung nicht systematisch ausgewertet. Sogenannte Ego-Dokumente wie Tagebücher, private Briefwechsel und Erfahrungsberichte werden vom Autor dagegen so gut wie gar nicht herangezogen.

Die *Quellenkritik*, insbesondere die Überlegungen Seeligs zur Aussagekraft, zur Reichweite und zu den Grenzen seiner Hauptquellen, bleibt angesichts seines komplexen Analyse-Instrumentariums erstaunlich bescheiden. Er charakterisiert diese Quellen als »offiziös«, klärt aber nicht, was das für sein Vorhaben bedeutet. Erst im Schlusskapitel (S. 472f.) erfährt der Leser zum Beispiel, dass sich das »Adelsblatt« als »grundsätzlich unpolitisch« verstand und diesbezügliche Debatten »kurzerhand« unterband, und dass eine ähnliche Harmonieerwartung auch die »Medien der Familiennachrichten« bestimmte. Der Bereich des »Nicht-Sagbaren«, die adelige Kultur des Beschweigens, wird hier zwar wahrgenommen, aber als Forschungsthema sofort wieder zugedeckt. Trotz günstiger Möglichkeiten, mit Unterstützung des Deutschen Adelsarchiv Kontakte zu ehemals ostelbischen Adelsfamilien aufzunehmen, wurde bewusst auf Interviews verzichtet, weil diese, so die lakonische Einschätzung des Autors, für »eine historische Arbeit dieser Art nicht geeignet« sei (S. 40). Weitere wichtige Felder der adeligen Sprech-Kultur, des »Erzählens« in intimem und des gegenseitigen Informierens und Abstimmens (wie in der NS-Zeit über die Person Hitlers) in vertrautem Kreise, geraten dagegen erst gar nicht in seinen Blick.

Ein zweites Beispiel: Was die Reichweite und Wirkung dieser »offiziösen« Adelskommunikation angeht, so wird zwar auf die sehr niedrige Auflagenzahl der beiden Adelszeitschriften und – allerdings erst im späteren Text – auf den niedrigen Organisationsgrad sowie die geringen Teilnahmequoten der Familienverbände bzw. Familientage hingewiesen. Aber schon mit seiner Frage, wie viele dieser adeligen Familien oder Gesamtfamilien im Untersuchungszeitraum überhaupt in Verbänden organisiert waren und damit an den dort ablaufenden Diskursen teilnahmen, wird der Leser wieder allein gelassen.<sup>2</sup> Weitere quellenkritische Fragen, die Seelig nicht einmal aufwirft, lauten: Wer schreibt oder spricht hier? Aus welchen adeligen Lebenskontexten und Erfahrungshintergründen (Gutsbesitzer, Offizier, Beamter, Publizist etc.) heraus ist der Beitrag entstanden? Wie viele und welche Beiträge hat er in diesen Diskurs eingebracht? Welches Gewicht hatte er als Meinungsträger im Adelsverband, im Familienverband oder auf den Familientagen? Wie oft und auf welchen Wegen wurde ihm von wem geantwortet? Welchen weiteren Weg nahmen seine Vorschläge innerhalb des ostelbischen Adels? Wer hat diese Texte wie gelesen? Wie ernst wurden sie genommen? Im Text findet der Leser im Gegensatz zu solchen abschließenden Fragen lediglich nahezu bedeutungsleere Namen und einige kaum belastbare generelle Aussagen.<sup>3</sup> Überraschend auch, dass hier weder gefragt wird, welche anderen Orte des Meinungsaustauschs diesem Adel jenseits der vom Verfasser präferierten offiziösen Kommunikationsmedien zur Verfügung standen und welche anderen Quellenbestände sich für diese Studie ebenfalls noch angeboten hätten.

Im Grunde zieht sich Seeligs Quellenkritik, von der Einleitung ausgehend, durch den gesamten Text. Denn immer wieder sieht er sich gezwungen, die von ihm theoriegeleitet aufgeworfenen Fragen mit dem Hinweis auf seine prekäre Quellenlage unbeantwortet zu lassen.<sup>4</sup> Zu vorsichtiger Abwägung verleiten ihn diese Einsichten, wie die starken Schlussbefunde seiner Arbeit zeigen, gleichwohl nicht.

---

<sup>2</sup> 2009 gab es zum Beispiel in der Bundesrepublik bei ca. 80.000 Adligen, knapp 80 Familienverbände; für das Deutsche Adelsblatt nennt Seelig für seinen Untersuchungszeitraum eine maximale Auflage von 3500 Exemplaren.

<sup>3</sup> So auf S. 385: »So gehörte es für manche Individuen zu einem zentralen Bestandteil von Adeligkeit, Familiennachrichten zu lesen und zu schreiben. Das betraf zumindest diejenigen Personen, die in Familienverbänden organisiert waren und rege am Vereinsleben teilnahmen«. Die entscheidende Schwäche der auf Texte, Sprechakte und die *Produktion* von Bedeutung ausgerichteten konstruktivistischen Theorien zeigt sich auch in diesem Buch: die weitgehende Vernachlässigung der Rezeptionsvorgänge, genauer: der Wirkungen dieser Bedeutungen auf die Produzierenden selbst, vor allem aber auf die adressierten anderen.

<sup>4</sup> Vgl. S. 382, 385f. oder S. 427: »Solange keine weiteren Quellen zur Verfügung stehen ...«. (aber siehe unten, S. 13: es gibt doch solche Quellen, H.R.)

Nun zu der Geschichte, die in diesem Buch »über den ostelbischen Adel erzählt« (S. 543) wird: Auf die Schockerfahrungen der unmittelbaren Nachkriegsjahre reagierte dieser Adel mit einem strikten Rückzug der ihm noch verbliebenen Reste an Adeligkeit in die Privatsphäre, zunächst in seine vier Wände, in den »banalen Alltag« seines Familienlebens, dann, nach einer Phase des Suchens, Sich-Sammelns und wieder Zusammenfindens, in die nach hergebrachten Mustern neu definierte und über Familienverbände, Familientage, Familiennachrichten etc. reorganisierte »Gesamtfamilie« ; und schließlich in die ebenfalls exklusiven Teilöffentlichkeiten der regionalen und nationalen Adelsverbände. Diese hatten seit dem 19. Jahrhundert im Westen Deutschlands mit ihren adelseigenen Einrichtungen wie Adelsarchiven und Adelszeitschriften kontinuierlich und weitgehend unbehelligt weitergearbeitet: zur Sicherung der Außengrenzen zum Nicht-Adel und des internen Zusammenhalts des Adels, vor allem aber zur Anregung und Koordination der Erinnerungsarbeit in Familie und Stand.

Mit diesem durch Geburtsprinzip und Exklusivität abgesicherten Schutzraum, diesem eher erneuerten als neuen Netzwerk, gewann der ostelbische Adel ein eigenes Kommunikations- und Handlungsfeld, das ihm die Möglichkeit bot (und dazu anregte), das durch Vertreibung, Flucht, Zersplitterung und Verstädterung gravierend gestörte gesamtfamiliale Vertrauen, ein erneuertes Wir-Gefühl und neuen Zusammenhalt aufzubauen. Im Rückgriff auf das stark geschrumpfte Reservoir seiner (tatsächlich oder vermeintlich) eigenen adligen Werte, Verhaltensweisen und Zugehörigkeitsprinzipien »erzeugte« er hier, gestützt auf die Organisationspotenziale von Familie und Stand und die ihm seit jeher verfügbaren Kulturtechniken des Schreibens, Lesens, Redens und der souveränen Konversation nutzend, in einem foucaultschen Diskurs einen modifizierten, im Kern aber neuen Selbst-Entwurf als ehemaliger ostelbischer Adel, der seinem neuen gesellschaftlichen Umfeld angemessen war, an den er zunehmend glaubte und den er in seinen eigenen, durch Privatheit und Exklusivität geschützten Rückzugsräumen in eine zeitgemäße adelige Lebensform umsetzte, die den Neustart in die bundesrepublikanische Gesellschaft möglich und – so Seeligs Resümee – auch erfolgreich machte. Als Felder, in denen er seinen neuen Selbst-Entwurf in »korrespondierende« Handlungsmuster umsetzte, die sein Adligsein auf neue Weise fundierten, identifiziert Seelig – wenig überzeugend, da nur sehr begrenzt neu – zum einen die Familie und zum anderen die memoria. Ins Zentrum der Studie rücken so ein erneuerter, belastungsfähiger Familiensinn und als dessen Grundlage eine deutlich intensivierte und erinnerungstechnisch elaborierte familiäre wie gesamtfamiliale Erinnerungsarbeit.

Den prägenden Wirkungen der bundesrepublikanischen Politik, der gesellschaftlichen Machthierarchien, der Medien- wie Berufswelten quasi ungeschützt ausgeliefert, gewann dieser Adel eine umfassend erneuerte Identität, innerhalb derer er sich, begrenzt auf die Rückzugsräume von Familie und exklusiven Adelskreisen, eine im Vergleich zu früher nur noch schwache, massiv weiter entkonkretisierte Adeligkeit bewahrte, die ihm aber in den ausgegrenzten Handlungsräumen der Familie und der Erinnerungsarbeit weiterhin eine Existenz als Geburtsadel und, wenn auch nur *entre nous*, ein entsprechendes besonderes Ansehen sicherte: »Der Glaube an sein adeliges Wesen wurde wieder zur unangewandelten Gewissheit.« (S. 545). Als Erinnerungsgruppe und Gruppe eigenen, kulturell begründeten Zusammenhalts wurde er so zu einem der vielen in der Bundesrepublik Deutschland nebeneinander lebenden »sozialkulturellen Milieus«. Der ostelbische Adel, so die Kernsätze der Schlussbetrachtung, war nach 1945 »ein integraler Bestandteil der westdeutschen Gesellschaft« (S. 532), »schlicht und ergreifend ein gewöhnliches soziales Milieu«, »ein normales Phänomen der damaligen Gesellschaftsordnung« (S. 534), so »wie der Adel in der Bundesrepublik überhaupt: es braucht kein Narrativ erfunden zu werden, das vermeintlich nur auf den ostelbischen Adel zutrifft« (S. 546).

Das sind starke, vor allem stark generalisierende Schlussätze einer Studie, die auf beeindruckender Kenntnis der Theorie-Literatur, einem umfangreichen, allerdings nur wenig tief greifenden Quellenkorpus, aufwändiger Quellenarbeit sowie hohem Einsatz an Theoriewissen und methodischer Kompetenz beruht, aber beim Lesen, vom Anfang der Lektüre an, Unbehagen und wachsende Zweifel am Ergebnis weckt. Das liegt vor allem daran, dass dieser Band von knapp 600 Seiten im Grunde aus zwei oder mehr Büchern besteht: Zum einen deshalb, weil Michael Seelig die historische Adelforschung, die in Deutschland schon seit ihrem Aufstieg in den 1980er/90er-Jahren entschieden theorie- und methodenorientiert arbeitet, in diesem Buch bewusst auf eine einsame Spitze treibt. Er sichtet, prüft kritisch und nutzt fast alle theoretischen und methodischen Zugriffe, die bisher in diesem Forschungsfeld für das 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert erarbeitet und erprobt worden sind. Im Grunde schreibt er

so für diesen Zeitraum einen veritablen Forschungsbericht zur historischen Adelforschung, der sich über den gesamten Text ausbreitet. Andererseits entsteht hier, ebenfalls das ganze Buch durchziehend, ein auch für sich lesenswertes Kompendium der konstruktivistischen Theoriebildung. Unbehagen und Zweifel entstehen letztlich aber auch deshalb, weil der Autor sich zugleich in stetem missionarischem Gestus dazu verpflichtet fühlt, mit seiner Studie zu beweisen, dass der von ihm präferierte kulturwissenschaftliche, konstruktivistisch-linguistische Zugriff auf die Adelsgeschichte allen anderen, vor allem aber den sozialgeschichtlichen Ansätzen, weit überlegen ist.

Mit dieser doppelt und dreifachen Überlast handelt sich Michael Seelig aber eine Reihe von Problemen ein, die er letztlich nicht zu bewältigen vermag: Probleme der Darstellung und Lesbarkeit, Unklarheiten im Aufbau der Untersuchung, Unsicherheiten, was Reichweite und Validität seiner Befunde angeht, aber auch, wie bei der Quellenkritik, Probleme rein handwerklicher Art: Dazu in Kürze einige Sätze:

Seelig entfaltet die Theoriearchitektur der Studie nur zum geringeren Teil in seiner Einleitung, zum weitaus größeren Teil dagegen im Text, und zwar jeweils zu Beginn des nächsten Untersuchungsschritts. Seinem Theorie- und Begriffsarsenal wachsen so ständig weitere Bauelemente zu. Nicht selten gewinnen deren Präsentationen dabei das Ausmaß - durchaus lesenswerter - Exkurse oder Theorieminaturen. Doch das Problem liegt in deren Zahl: Denn Seelig greift bei der Analyse seines Quellenbestands auf die in sich »anschlussfähigen« Theorien, Begriffswelten und methodischen Vorgaben von über zwanzig Philosophen, Sprachwissenschaftlern, Wissenssoziologen, Kulturanthropologen, Sozialwissenschaftlern etc. zurück, die alle, mal mehr, mal weniger, ihren Raum im Haupttext beanspruchen.<sup>5</sup> Die Darstellung bewegt sich infolgedessen in ständigem Auf und Ab zwischen einer hoch abstrakt bleibenden theoretisch-analytischen und methodisch-reflexiven Ebene einerseits und der Ebene konkreter empirischer, quellennaher Arbeit andererseits, was den Lesefluss erheblich belastet und nicht selten sogar stört.

Eigentlich wäre es an dieser Stelle der Rezension geboten, die Einzelbefunde dieser an Perspektiven und Gedanken reichen, allerdings nicht immer stringent argumentierenden Studie kritisch zu befragen: Hat sich, wie von Seelig dargelegt, dieser Adel bis 1975 wirklich so schnell und durchdringend demokratisiert? Ist er tatsächlich so problemlos zu einem akzeptierten, kaum mehr kritisch gesehenen, »normalen« Bestandteil der bundesrepublikanischen Gesellschaft geworden? Und falls die Geschichte dieses Adels, wie unterstellt, nur eine weitere Station in seiner langen Folge von alt-neu-Selbstentwürfen war, was war an der zwischen 1945 und 1975 von ihm erarbeiteten Adeligkeit eigentlich wirklich neu, wenn es zum Beispiel im katholischen Westfalen die intimisierte Adelsfamilie in gleicher Funktion schon in der Adelskrise um 1800 gab? Und wie viel Neues steckte zwischen 1945 und 1975 in der damals angeblich »in qualitativer Hinsicht enorm gesteigerten« (S. 478) »ganz anderen Art« (S. 398) adliger memoria, wenn diese in Mitteln und Funktionen weitgehend die - bestenfalls intensiviertere - alte war? Wie konkret, über welche Abläufe, setzten sich hier das von Seelig als neu identifizierte Wahrnehmen und Denken überhaupt in »korrespondierendes« neues familiales und erinnerndes Handeln um? Aber auch Konkreteres: Wurden Berufswahl und Ehegattenwahl, wie hier – ohne jeden sozialstatistischen Nachweis – behauptet (S. 125, 130), nun »anerkannte Normalfälle«, wirklich frei von ständischen und familialen Rücksichten? Was bedeutet es, wenn im Grunde bis heute etwa die Hälfte der Ehen noch innerhalb des Adels geschlossen wurde? Verloren die Rückkehrhoffnungen in diesem Adel wirklich sehr schnell an Bedeutung? Diese Reihe von Fragen ließe sich fortsetzen.

Da aber Charakter und Ergebnisse dieser Studie in ganz außergewöhnlichem Maße von den hier in Anwendung gebrachten Theorien und weniger von den Quellengrundlagen geprägt sind, scheint es mir wichtiger, den hier noch verbliebenen Raum eher zu einigen Hinweisen darauf zu nutzen, dass die Arbeit des Historikers mit Theorien ihre eigenen Probleme, Kosten und Gefahren hat, zumal der Autor diesen nicht ganz entgangen ist, insbesondere auf drei Ebenen:

1. Jeder theoriebasierte analytische Zugriff, zumal aber ein so komplexes Theoriegebäude, wie es von Seelig aufgebaut wurde, zielt letztlich auf restlose Erklärung. Die Kommunikation des ostelbischen Adels wird hier, der Foucaultschen Diskursanalyse gemäß, als ein System aufgefasst, in dem alle Ele-

---

<sup>5</sup> Hierzu zählen unter anderem Ludwig Wittgenstein, Martin Heidegger, Alfred Schütz, Michel Foucault, Erving Goffman, John R. Searle, William I. Thomas, George H. Mead, Georg Simmel, Maurice Halbwachs, Max Weber, Benedict Anderson, Pierre Nora, Rainer M. Lepsius, Jan Assmann und Andreas Reckwitz.



mente dieser Kommunikation in ihrer Funktionalität darauf ausgerichtet und zu befragen sind, wie sie zum Aufbau des Systems, hier der neuen kollektiven und personalen Identität dieses Adels beigetragen haben. Die von Seelig in den Text eingeführten adeligen Personen erstarren dadurch zu »Akteuren«, bevor ihr individueller Lebenskontext, ihre prägenden Erfahrungen und ihre orientierenden, möglicherweise auch einander widerstreitenden Motive auch nur annähernd konkretisiert sind. Historische Geschehensabläufe werden so zu »Fällen«, welche die zuvor präsentierten Erklärungshypothesen bestätigen. Und die Anzeichen interner Heterogenisierung, Widerständigkeit, Alternativität und Individualisierung werden entweder übersehen oder aber als Einzelfälle und Ausnahmen, zum Beispiel unter der Rubrik »Konflikte«, gleichsam weggearbeitet.<sup>6</sup>

Michael Seeligs Theorie- und Begriffsgebäude, das der Entschlüsselung der Aussagen seiner Quellen dienen soll, nimmt der Empirie die Luft zum Atmen. Die »Vetogewalt der Quellen« (Reinhart Koselleck) bleibt weitgehend ungenutzt. Geradezu symptomatisch dafür Seeligs Fehlverständnis des in seinem Text hin und wieder auftauchenden Idealtypus Max Webers (S. 43, 285, 343, 482), dessen Methode der »Abstandsmessung« gerade dieser Vetogewalt ihren Raum zu sichern sucht.

2. Ein weiteres Problem tritt auf, wenn, wie in dieser Studie der Fall, der verfügbare Quellenbestand nur begrenzt und unvollständig auf die Beobachtungsfelder »antwortet«, die das hier forschungsleitende Theoriegebäude und deren Begriffe als funktional relevant vorgeben, weil diese für das Gelingen einer Systembildung entscheidend sind, hier für die Bildung einer neuen geschlossenen kollektiven (bzw. personalen) Identität, durch den Einsatz bestimmter »Techniken des Selbst« innerhalb bestimmter Infrastrukturen. Allein schon die wiederholten Klagen des Autors über die ihm derzeit noch fehlenden Quellen und die große Zahl von Fragen, die, wie gezeigt, in der Quellenkritik ungeklärt geblieben sind, wecken begründete Zweifel daran, ob die Quellengrundlagen dieser Studie überhaupt dafür hinreichen, eine den Standards Foucaults angemessene, tief gegründete Diskursanalyse durchzuführen. Arbeitsökonomisch gesehen mag die von Seelig vorgenommene Einschränkung der Orte dieses Diskurses verständlich sein. Im Sinne der foucaultschen Diskurstheorie wäre es aber naheliegend gewesen, eine Reihe weiterer interner Orte und Gesprächssituationen, in den Gesamtfamilien wie im Adel insgesamt, einzubeziehen, die für die hier untersuchte Arbeit an einem »neuen Selbst« ebenso wichtig oder gar wichtiger waren, weil man dort vermutlich auch diejenigen Themen erörterte, die in den unter Harmoniedruck stehenden »offiziösen« Veranstaltungen und Publikationen beschwiegen wurden.<sup>7</sup>

3. Werden, wie in dieser Studie, die Abstände zwischen einem komplexen und hoch abstrakten Theoriemodell einerseits und einem vergleichsweise aussageschwachen Quellenbestand andererseits zu groß, so dass die anspruchsvollen, theoriebasierten Leitfragen aus diesen Quellen – zumindest zum Teil – nicht mehr zu beantworten sind, dann entsteht ein weiteres Darstellungsproblem: Wie beschreibt man Forschungslücken? Oder überschreibt man sie einfach? Auf Letzteres bezieht sich anscheinend der in der Einleitung auftauchende, aber dort kaum geklärte Begriff der »analytischen Beschreibung«. Foucaults analytisches Vokabular sei, so der Verfasser, »hervorragend geeignet«, historische Abläufe »zu beschreiben« (S.384). Also: Theoriesprache als Beschreibungssprache. Was heißt das aber genau?: Beschreibung der aus den Quellen erschlossenen Vorgänge mit der Sprache der Theorie? Bedeutungsaufladung von aus den Quellen erarbeiteten, eher banalen Befunden durch den Plausibilitätsüberschuss der Theoriebegriffe? Oder gar Überwindung von empirisch nicht zu schließenden Lücken durch »erzählte« Theorie?<sup>8</sup> Die Übergänge sind hier phasenweise fließend, weil vom Verfasser keine Grenzen gezogen werden, so dass manche Textpassagen des Buches für den Historiker grenzwertig werden: Welche Geschichte wird hier eigentlich erzählt? Die vermutlich in vielem offene, vielfältige, widersprüchliche und unstetig verlaufende Geschichte des ostelbischen Adels nach 1945 oder eher die Theo-

---

<sup>6</sup> Selbst dort, wo, wie z. B. in der Kleist-Rede, S. 389, im Text eine konkrete Person auftaucht, von der »erzählt« wird, dient auch dies allein dem Ziel, die Hypothesen der Theorie, die Seelig hier auf seinen Gegenstand anwendet, zu bestätigen.

<sup>7</sup> Solche Gesprächs-Orte wären, jenseits der in der Tat schwer erschließbaren Jagd- und Festgesellschaften, z. B. die Treffen und Veranstaltungen des Johanniterordens oder der Canitzer oder die Reden und Texte von Leitfiguren des ostelbischen Adels wie z. B. Marion Gräfin Dönhoff, Christian Graf von Krockow, Klaus von Bismarck oder Rudolph von Thadden in den Qualitätsmedien oder auf Kirchen-, Vertriebenen- oder »Leute«-Tagen.

<sup>8</sup> Vgl. hierzu u. a. S. 382–387 und 395–397. Wie leicht bei Seelig die Theorie gegenüber den Quellen den Vorrang gewinnen kann, zeigt sich etwa daran, dass er auf S. 395 darauf verzichtet, die für den Adel zentrale Erzählkultur in seine Studie einzubeziehen, weil Foucault diese im Rahmen seiner Diskurstheorie »als nicht ausgefeilt und reflektiert genug« eingeschätzt hat, oder wenn er den Erinnerungs-Techniken ausschließlichen Vorrang gegenüber den Erinnerungs-Inhalten einräumt (S. 430f.)

rie selbst mit ihren glatt geschliffenen Strukturen und Begriffen, ihren systemisch plausibel gemachten Techniken, Praktiken und verallgemeinerten linearen Prozessen der Selbst-Erzeugung?

In seiner Einleitung (S. 35) formuliert Seelig erstmals sein kulturwissenschaftlich-konstruktivistisches Credo, dass »derjenige adlig sei, der sich selbst dafür hält und der seine Umgebung vom eigenen Adel überzeugen kann«. In der Folge zieht sich dieses Bekenntnis als Zitatenserie Mantra-artig durch das ganze Buch.<sup>9</sup> An das Ende seiner Reihung stellt er dann, nachdem er diesem Forschungsansatz in seiner »Schlussbetrachtung« noch einmal sechs Seiten (S. 538–541), gewidmet hat, die Worte des symbolischen Interaktionisten George H. Mead: Identitäten bilden sich »immer in Relation zu anderen Identitäten«. In diesen, wie in allen anderen diesbezüglichen, vom Autor eingebrachten Zitaten wird, wie in Foucaults Theorie, den »relevanten anderen« eine zentrale Bedeutung im Prozess der diskursiven kollektiven wie personalen Identitätsbildung zugesprochen. Es spricht nicht für die Stringenz der seeligischen Argumentation, dass er in seinen Credo-Sätzen konsequent einen ganzheitlichen konstruktivistischen Forschungsansatz aufrecht erhält, sich aber in seiner Untersuchung selbst nur auf die Hälfte dieser Theorie beschränkt. Denn die neue »Umgebung« dieses ehemals ostelbischen Adels, dessen »Relation zu anderen Identitäten«, kurz: die Einbeziehung von relevanten anderen, die für die Selbst-Erzeugung dieses Adels gleichermaßen wichtig waren, findet in dieser Studie nicht statt. Nicht einmal die in Westdeutschland altangesessenen Adelsfamilien, deren Verhalten für die Selbstfindung dieses Flüchtlingsadels zweifellos von erheblicher Bedeutung gewesen ist, finden hier Berücksichtigung. Diese Schwächen werden von Seelig zwar anerkannt, wenn er konstatiert, das »Selbstverständnis« dieses Adels allein reiche nicht aus, sondern nur mit »Fremd-Wahrnehmungen« zusammen entstehe das neue Kulturmodell der Adeligkeit (S. 267). Doch nur wenig später werden diese Blicke von außen in einem »Ausblick« (S. 267–270) vom Verfasser mit wenig überzeugenden Argumenten schnellstens wieder aus der Untersuchung verabschiedet. Und zwar wegen des hierzu erforderlichen (und vorliegenden) zu »weiten Spektrums von Quellen« und weil diese von Seelig dazu bisher nur »gelegentlich« eingesehenen Quellen »eine erstaunliche Übereinstimmung zwischen nichtadliger Fremd- und adliger Selbstwahrnehmung aufwiesen. Dies führt ihn zu der, allerdings erst noch »in einer eigenen Studie«, zu überprüfenden Hypothese einer tendenziell gleichgewichtigen, ausgleichenden, harmonisierenden »dialektischen Wechselwirkung« zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmungen des ostelbischen Adels.

Für die »kulturkonservative Trauergemeinde« der 1950er-Jahre, die diesen Adel in der Sicht des Autors bis in die frühen 1960er-Jahre hinein in einer »Diskurskoalition« ein Stück weit restabilisiert habe, mag diese These stimmen. Aber über die Dissonanzerfahrungen des ostelbischen Adels aufgrund teils mehr, teils weniger kritischer Fremdwahrnehmungen und über die Folgen, die deren interne Verarbeitung für ihn und andere hatten, ist das letzte Wort nach dieser Arbeit, die hier jenseits der 68er-Bewegung und der neuen Ostpolitik nur »gelegentliche Ressentiments« zu erkennen vermag, noch nicht gesprochen.<sup>10</sup>

Michael Seelig hat die Möglichkeiten, die eine theoriegeleitete historische Adelforschung bietet, in diesem Buch bis an deren Grenzen ausgelotet. Den Gefahren, die ein solcher Zugriff birgt, ist er dabei

---

<sup>9</sup> Siehe u. a. S. 28, 34f., 336, 431, 536–538.

<sup>10</sup> Auf ein weiteres, von Seelig ebenfalls leitmotivisch genutztes Mantra kann hier nur hingewiesen werden, da die hierin verborgenen Probleme eine ausführlichere Erörterung verlangen. Es geht um Michael Seeligs forciert vorgetragene Ablehnung des »essentialistisch-dualistischen Denkens« und um Sätze wie: »Jede Substanzialisierung oder Essentialisierung ist aus kulturwissenschaftlicher Perspektive abzulehnen.« (S. 311; s. auch S. 289, 311f., 332–335, 337, 342f., 397f., 431f., 536f. und 564). In den Umkreis dieses Essentialismus-Vorwurfs geraten hier nicht nur Otto Gerhard Oexle, Rudolf Braun und Werner Conze, sondern auch Reinhart Koselleck, Ewald Frie, Michael G. Müller und selbst - wegen seiner Annahme eines »jahrhundertalten«, »traditionellen Erfahrungsschatzes« des Adels - selbst Josef Matzerath. Der konstruktivistische Elan des Verfassers lässt sich hier nicht einmal die abgegriffene Formel entgehen, dass sich der Adel seit jeher »ständig neu erfinden« müsse (S. 334, Anm. 726). Kritisch anzumerken ist an diesem Vorgehen vorläufig und vor allem, dass Seelig die Begriffe Substanz und Essenz ständig synonym verwendet und untereinander auswechselt, wodurch der in der Adelforschung gängige, weitaus flexibler – vor allem im Sinne von nur in der *longue durée* sich wandelnden Orientierungsmustern – gebrauchte Begriff der Substanz faktisch essentialisiert wird. Der Forschung förderlicher wäre es dagegen gewesen, wenn Seelig wenigstens einmal konkret belegt hätte, wer der genannten Kollegen den Begriff Essenz wirklich verwendet und – noch wichtiger – wer ihn überhaupt in dieser kritischen Funktion je in die Adelforschung eingebracht hat.

nicht immer entgangen. Seine Studie ist eine Gratwanderung auf theoretisch durchweg beachtlichem Niveau, gelegentliches Straucheln und Abrutschen eingeschlossen. Sie hat das Forschungsfeld ostelbischer Nachkriegsadel in einer ersten Annäherung vermessen. Eine erste Karte liegt vor, mit Mängeln und vielen weißen Flächen. Die wissenschaftliche Arbeit in diesem Feld hat gerade erst begonnen.

*Heinz Reif, Berlin*

**Zitierempfehlung:**

Heinz Reif: Rezension von: Michael Seelig, Alltagsadel. Der ehemalige ostelbische Adel in der Bundesrepublik Deutschland 1945/49–1975 (Adelswelten, Bd. 3), Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2015, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81826>> [31.5.2017].

**Matthias Müller, Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht, Lit Verlag, Münster/Hamburg etc. 2012, VIII + 603 S., kart., 59,90 €.**

Dass nicht die CDU/CSU, sondern die SPD bis zu den späten 1960er-Jahren als »natürliche Verbündete« der Vertriebenen und ihrer Interessenverbände galt, ist seit der heftig umkämpften Verabschiedung der Ostverträge 1972, spätestens aber seit den Debatten um die geschichtspolitischen Offensiven des Bundes der Vertriebenen (BdV) und ihrer langjährigen christdemokratischen Vorsitzenden Erika Steinbach weitgehend in Vergessenheit geraten. Wie und warum sich das Verhältnis der SPD zu den Vertriebenenverbänden zwischen 1945 und 1977 von der »Eintracht« über die »Entfremdung« hin zur »Zwietracht« entwickelte, dies untersucht Matthias Müller in seiner an der Universität Gießen bei Hans-Jürgen Schröder entstandenen und bereits 2012 veröffentlichten Dissertation.

Im Fokus steht das sich zunehmend verschlechternde »Beziehungsgefüge« zwischen der SPD und den Vertriebenenverbänden: In dem Maße, in dem sich die SPD-Führung im Laufe der 1960er-Jahre von der Illusion einer Wiedervereinigung und Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete verabschiedete und im Zuge der Entspannungspolitik eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zum Programm machte, rückten die Vertriebenenverbände, allen voran der BdV, von der Sozialdemokratie ab. Zum »Kristallisationspunkt« und »Prüfstein« dieses Verhältnisses geriet aus Sicht der Vertriebenen, so Müller, die von Kurt Schumacher 1946 geprägte Formel, wonach die SPD »um jeden Quadratmeter östlich der Oder und Neiße kämpfen« werde, sowie das von Willy Brandt 1961 erstmals gegebene und danach oft wiederholte Versprechen, seine Partei werde »keine Politik hinter dem Rücken der Vertriebenen« betreiben.

Und darin liegt bereits das zentrale Problem des Buches, denn Müller macht sich diesen »Prüfstein« als Untersuchungsmaßstab zueigen: Sein Erkenntnisinteresse beschränkt sich darauf, »deskriptiv« herauszuarbeiten, wie gut oder schlecht sich jenes »Beziehungsgefüge« zwischen Partei und Vertriebenenverbänden zu bestimmten Zeiten der westdeutschen Nachkriegsgeschichte darstellte, wie glaubwürdig oder unglaubwürdig die SPD ihre Vertriebenenpolitik kommunizierte und betrieb und wie der BdV und die Landsmannschaften jeweils darauf reagierten. Müllers Suche nach Ursachen für die »Entzweigung« besteht dabei lediglich in einer auf die beiden Dialogpartner beschränkten Aktion-Reaktion-Analyse: Extensiv beschreibt er jedes Zusammentreffen, jede öffentliche Verlautbarung und die jeweiligen Reaktionen darauf, reproduziert dabei jedoch weitgehend unkritisch die Floskeln von »fruchtbaren«, »vertrauensvollen« und »überaus freundlichen« Gesprächen zwischen Sozialdemokraten und Vertriebenenfunktionären. Ein Blick hinter diese Fassade offiziöser Sympathiebekundungen gelingt Müller nur zu selten.

In seinem »Prolog« behandelt Müller zunächst das Verhältnis der SPD zu den Vertriebenen im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik. Die »Quadratmeterlosung« Schumachers von 1946 habe bis zum Ende der 1950er-Jahre »das Grundgerüst der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik« gebildet. Im Bundestag, so skizziert Müller an einer Vielzahl von Beispielen, setzte sich die SPD im Laufe der 1950er-Jahre konsequent für eine sozialpolitische Besserstellung der Vertriebenen ein, so etwa im Fall des Lastenausgleichsgesetzes 1952 und des Bundesvertriebenengesetzes im Jahr darauf. In ihrem Bemühen, das Vertrauen der Vertriebenenverbände zu gewinnen, in ihren Führungsgremien vertreten zu sein und ihre Mitglieder für die Sozialdemokratie zu gewinnen, war die SPD bis zum Ende der 1960er-Jahre durchaus erfolgreich. Dies zeigt Müller nicht nur am Beispiel des langjährigen Vorsitzenden der Seliger-Gemeinde sudetendeutscher Sozialdemokraten, Wenzel Jaksch, der 1964 zum Präsidenten des BdV gewählt wurde, sondern auch an Herbert Wehner, der sich in der Führungsspitze der SPD als engagiertester Verfechter von Vertriebeneninteressen profilierte und großes Vertrauen bei den Verbänden genoss.

Während die offizielle Parteilinie bis zur Mitte der 1960er-Jahre lautete, dass eine Regelung der Grenzfrage einem im Zuge der angestrebten Wiedervereinigung auszuhandelnden Friedensvertrag vorbehalten bleiben müsse, sorgten Äußerungen einzelner Sozialdemokraten immer wieder für große Empörung



bei den Vertriebenenfunktionären: So erregten Carlo Schmid, Otto Heinrich Greve und Fritz Erler mehrfach Aufsehen mit Stellungnahmen, in denen sie eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze forderten, den Rechtsanspruch auf die verlorenen Ostgebiete als unrealistisch oder gar illegitim bezeichneten oder die Vertriebenenverbände der nationalistischen Stimmungsmache bezichtigten. Der Parteivorstand reagierte auf diese »Querschläger« stets beschwichtigend mit dem Hinweis, es handele sich um »Privatmeinungen«, die nicht der Position der Gesamtpartei entsprächen.

Nach dem raschen Bedeutungsverlust des Gesamtdeutschen Blocks/Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) Ende der 1950er-Jahre und seiner Auflösung 1961 bemühte sich die SPD mit einer »Charme-Offensive« noch einmal verstärkt um die Gunst der Vertriebenen. Das Versprechen Brandts, die SPD werde »keine Politik hinter dem Rücken der Vertriebenen« betreiben, unterstrich die Parteiführung durch eine Pressemitteilung, in der sie die Vertreibung als eine »Fortsetzung des Unrechts von 1918« beschrieb und ein Rückkehrrecht für Sudetendeutsche in ihre Heimat forderte, von einer möglichen Angliederung dieses Gebietes an die Bundesrepublik aber bezeichnenderweise bereits nicht mehr sprach. Wehner ergriff nach der Wahl – und unter dem Eindruck des Mauerbaus – die Initiative zu einem »Gesamtdeutschen Rat«, der zwar rasch wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwand, aber die Wahrnehmung beförderte, wonach die oppositionelle SPD die Union in deutschlandpolitischen Fragen vor sich hertrieb. Gezielt ging die SPD in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre auch auf die Vertriebenenjugend zu und versuchte Mitglieder der Deutschen Jugend des Ostens (DJO) zum Eintritt in die SPD zu bewegen.

Während Wehner bis zur Mitte der 1960er-Jahre konsequent an der Maxime festhielt, dass die Regelung der Grenzfragen einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben müsse und eine Verbesserung der Beziehung zu den osteuropäischen Staaten nur bei gleichzeitiger Wahrung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen möglich sei, wurden die Stimmen in seiner Partei hörbar lauter, die ein Abrücken von diesen Prinzipien forderten – allen voran Egon Bahr mit seiner Forderung nach einem »Wandel durch Annäherung« in der berühmten Tutzingener Rede vom Juli 1963. Bahrs These, wonach eine Änderung des Status quo langfristig nur durch dessen vorläufige Anerkennung zu erreichen sei, wertet Müller als »Randerscheinung« innerhalb der SPD, zugleich aber als »Tabubruch«, der zu Recht als »Geburtsstunde der Neuen Ostpolitik« gelte. Zwar prangte noch über dem Karlsruher SPD-Parteitag 1964 eine große Deutschlandkarte in den Grenzen von 1937, überschrieben mit dem Motto »Erbe als Auftrag«, doch beförderten ungeplant an die Öffentlichkeit geratende Äußerungen einzelner Sozialdemokraten die nun beginnende »Entfremdung« zwischen Vertriebenenverbänden und SPD, so Müller. Helmut Schmidt sorgte beim Dortmunder Parteitag 1966 für erste »größere Verstimmungen« bei den Vertriebenen, die seinen Appell zur »Opferbereitschaft« als »Totalverzicht« interpretierten. Überzeugend arbeitet Müller heraus, wie sich Willy Brandt in seiner Zeit als Außenminister darum bemühte, den längst in der Luft liegenden Kurswechsel seiner Partei in der Deutschland- und Ostpolitik in möglichst unkonkrete und kompromissorientierte »Worthülsen« zu verpacken und kein unnötiges Misstrauen bei den Vertriebenen zu wecken. Warum es aber in der SPD zu dieser Zeit überhaupt zu jenem zaghaft kommunizierten »Paradigmenwechsel« kam, dies erklärt Müller dem Leser nicht – was unter Rückgriff auf die Sekundärliteratur ein Leichtes gewesen wäre.

Aus der »Entfremdung« wurde nach dem SPD-Parteitag 1968 sehr schnell »Zwietracht«, wie Müller erörtert: Das nun offizielle Bekenntnis der Partei zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Zuge einer Entspannungspolitik gegenüber den osteuropäischen Staaten ging als »Peitschenknall von Nürnberg« in das »kollektive Gedächtnis« der Vertriebenenverbände ein. Der BdV wandte sich nun entschieden von der SPD ab und publizierte gemeinsam mit der CDU ein Kommuniqué, das sich scharf von den Plänen der Sozialdemokraten distanzierte. Reinhold Rehs, nach Jakschs Tod dessen Nachfolger an der Spitze des BdV, trat 1969 bitter enttäuscht aus der SPD aus und wechselte zur CDU – ein Schritt, zu dem sich Herbert Hupka drei Jahre später im Kontext der Verabschiedung der Ostverträge ebenfalls entschloss. Wieso die Sozialdemokraten jedoch weder bei der Wahl 1969 noch drei Jahre später Stimmeneinbußen bei den Vertriebenen verzeichneten, thematisiert Müller zwar, vermag es aber nicht zu erklären.

Wie entschlossen die sozial-liberale Koalition ihre Neue Ostpolitik vorantrieb, beschreibt Müller am Beispiel der Auflösung des Bundesvertriebenenministeriums, Willy Brandts wegweisender Regierungserklärung vom Oktober 1969, den Vertragsverhandlungen mit den osteuropäischen Staaten und der

Verabschiedung der Ostverträge im Bundestag. Der BdV, an dessen Spitze mit Herbert Czaja nun wieder ein Christdemokrat stand, reagierte mit Protestnoten und -veranstaltungen; die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags und Brandts Kniefall im Dezember 1970 bezeichnete die Vertriebenenpresse als »Gang nach Canossa«. Den »Nachhutgefechten« der 1970er-Jahre unter einem SPD-Kanzler Helmut Schmidt, der den Vertriebenen noch weniger Interesse entgegenbrachte als sein Vorgänger, widmet Müller nur ein letztes kurzes Unterkapitel.

In seiner Schlussbetrachtung liefert Müller zwar eine konzise Zusammenfassung der wichtigsten Entwicklungen und Ergebnisse seines Untersuchungszeitraums, kommt aber interpretatorisch nicht über das bereits Geschriebene hinaus. Im Versuch, den jeweiligen Anteil von SPD und Vertriebenenverbänden an diesem »Scheitern einer ungleichen Partnerschaft« zu bewerten, kommt Müller zu dem Schluss, dass der BdV zwar seinen Einfluss überschätzte und zu starr an bestimmten Prinzipien festhielt, dass es aber vor allem die SPD war, die mit ihrem »undurchsichtigen Agieren« und einer Verschleierungstaktik die langjährige Gunst der Vertriebenenverbände verspielte.

Bis zuletzt verharnt Müller in diesem sehr begrenzten Erkenntnisinteresse seiner Untersuchung, die das Verhältnis von SPD und Vertriebenenverbänden vorwiegend in einem »luftleeren Raum« nachzeichnet. Was seiner Analyse fast völlig fehlt, ist deren Einbettung in den politischen und gesellschaftlichen Kontext, in dem sich Ausrichtung und Stellenwert von Vertriebenen- und »Heimatpolitik« im Zeichen des Kalten Kriegs, der »Vergangenheitspolitik« oder auch der Generationskonflikte von der Gründung der Bundesrepublik bis zu den 1970er-Jahren veränderten. In dieser mangelnden Einbettung der Analyse in übergreifende Entwicklungen liegt das große Manko von Müllers Studie, die das spannungsreiche und komplizierte Verhältnis der SPD zu den Vertriebenen zwar nachzeichnet und beschreibt, aber nicht ausreichend deutet und einordnet. Auch ein klareres Layout und ein sorgfältigeres Lektorat des von zahllosen Fehlern durchsetzten Buches hätte an diesem Leseindruck wohl letztlich nichts mehr geändert.

*Kristina Meyer, Jena*

#### **Zitierempfehlung:**

Kristina Meyer: Rezension von: Matthias Müller, Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht, Lit Verlag, Münster/Hamburg etc. 2012, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81827>> [31.5.2017].

**Gunter Hofmann, Helmut Schmidt. Soldat, Kanzler, Ikone, Biographie, Verlag C. H. Beck, München 2015, 464 S., geb., 24,95 €, auch als E-Book erhältlich.**

In den letzten Lebensjahren Helmut Schmidts, teilweise auch nach seinem Tod am 10. November 2015 nahmen neben den Fernsehsendungen mit und über Schmidt auch die Zahl der Biografien zu, die sich mit Schmidts Leben und seiner Politik beschäftigten. Die ein oder andere Studie wandte sich auch Teilaspekten, wie etwas Schmidts Verhalten während des Zweiten Weltkriegs zu, ohne zu tatsächlich neuen Erkenntnissen zu kommen. Letzteres ging auch östlichen Geheimdiensten so, die in den 1960er- und 1970er-Jahren vergeblich nach Material gesucht hatten, um es gegen ihn verwenden zu können.

Zu den ernst zu nehmenden Versuchen, Schmidt auf kritische wie faire Weise gerecht zu werden, gehört gewiss Gunter Hofmanns Biografie. Schmidts Weg hat er als junger Korrespondent der »Stuttgarter Zeitung«, später für viele Jahre als Chefkorrespondent der »Zeit« über fast ein halbes Jahrhundert begleitet. Zugleich war er ein geschätzter Gesprächspartner Willy Brandts. Dessen Lebensgang, dessen politischen Konzepten und dessen Stil brachte er, wie wohl die Mehrheit seiner Kollegen, mehr Sympathie entgegen als Schmidt. Dessen forsche, häufig auch arrogant-herausfordernde Art, nicht nur Journalisten, sondern auch anderen Zeitgenossen zu begegnen, machte ihn in jenen Jahren des politischen Aufstiegs nicht beliebter.

Das Verhältnis zwischen dem »Minderheitsdeutschen« Brandt und dem das Schicksal der großen Mehrheit der im Lande gebliebenen »Mehrheitsdeutschen« teilenden Schmidt hat ihn schon früh interessiert. Deshalb hat er vor einigen Jahren auch die »Geschichte einer schwierigen Freundschaft« zwischen Brandt und Schmidt beleuchtet, die mehr auf eine sich in schwierigen Zeitläufen zusammenraufende und arbeitsteilige Partnerschaft hinauslief. Im Übrigen bot Brandt nur in den seltensten Fällen jene Nähe, die wirkliche Freundschaft ermöglichte. Als Schmidt nach Brandts zweitem Scheitern als Kanzlerkandidat im Herbst 1965 diesen in einer depressiven Stimmung antraf und ihm danach brieflich seine Freundschaft anbot, ging Brandt auf Distanz.

Es ist nicht das geringste Verdienst der Studie von Hofmann, dass er ausführlicher als andere Biografen auf das Verhältnis Schmidt zu Fritz Erler eingegangen ist. In ihm sah Schmidt seinen politischen Mentor. Erler, den Hofmann irrtümlich dem Exil zugerechnet hat, gehörte auch zu den »Minderheitsdeutschen«, aber zu denen, die im Lande geblieben und illegal tätig waren, obwohl sie angesichts der »Einsamkeit im eigenen Volk« (Erler) am Sinn der dadurch eingegangenen Risiken oft genug zweifelten. Wegen seiner illegalen Widerstandstätigkeit wurde er im Herbst 1938 verhaftet und im Jahr darauf vom Volksgerichtshof zu zehn Jahren KZ und Zuchthaus verurteilt. Das war einer der Gründe, weshalb Schmidt sich mit Erler, der dem gleichen Jahrgang wie Brandt angehörte, stärker identifizierte, obwohl er stets mit Vehemenz Brandts Jahre im Exil verteidigte. Ein anderer Grund lag in der immensen Begabung Erlers als Parlamentarier, der sich in der Kärnerarbeit der Opposition buchstäblich zu Tode rackerte.

Der systematische Auf- und Ausbau der parlamentarischen Demokratie in Bonn bedeutete meist einen verbissenen Kampf um Bodengewinn für die Rechte des Parlaments. Die 1950er- und frühen 1960er-Jahre waren mithin alles andere als jene Konsensdemokratie, die, wie der Autor meint, seit der Studentenbewegung von 1967/68 von der Konfliktdemokratie abgelöst wurde. So bleibt etwa verborgen, dass Schmidt im Zusammenhang mit der »Spiegel-Affäre« unter Verdacht der Beihilfe zum Landesverrat geraten war, weil er für eine offene Diskussion der Militärstrategie der NATO und der Bundeswehr eintrat. Dem Unfug des Landesverratsvorwurfs machte erst Gustav Heinemann als neuer Justizminister im Dezember 1966 auf Schmidts Beschwerde hin ein Ende.

Auch den Konflikt um die Notstandsverfassung wollte er innerhalb der demokratischen Institutionen gelöst wissen. Die »Notstandsgesetze« waren keine »Herzessache« Schmidts, wie der Autor meint, sondern eine Sache demokratischer Staatsräson. Nicht nur Erfahrungen aus der Hamburger Flutkata-

strophe – einer bloß »mittleren Katastrophe« (so Schmidt) – trieben ihn dazu. Dort musste er neben Polizei und Feuerwehr ohne gesetzliche Handhabe Bundeswehr und Nato-Verbündete einsetzen, um der Fluten Herr zu werden. Die Versuchungen zum eigenmächtigen Handeln, die damit verbunden waren, sollten durch Gesetze wieder eingefangen werden. Zudem waren diese ein Mittel, die Vorbehaltsrechte der Alliierten abzulösen. Die bei den Gegnern der Notstandsgesetze vorhandene Einstellung – einerseits die amerikanische Kriegsführung in Vietnam zu kritisieren, dem gleichen Militär im Notstandsfall aber das Schicksal der Bundesrepublik weiter anzuvertrauen – hielt er für eine gefährliche Bewusstseinspaltung.

Schmidt gilt gemeinhin als unfreiwilliger Vater der Grünen, die sich in den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft als neue politische Partei konstituierten. Der Erfolg hat meist viele Väter. Und Schmidt zählt gewiss zu diesen. Aber nicht nur, weil er an der Kernkraft festhielt, die ihm schon deshalb als »Brückentechnologie« wichtig wurde, weil ihm Ende der 1970er-Jahre von Wissenschaftlern die klimaverändernde Rolle des CO<sub>2</sub> bewusst gemacht wurde. Aber es gibt noch einen anderen, in der Öffentlichkeit meist verschwiegenen Grund, weshalb die Grünen sich »Kinder Schmidts« (Cohn-Bendit) nennen können. Hofmann hat ihn ausfindig gemacht: Seit der Niederlage der terroristischen RAF im Herbst 1977 habe sich die radikalere Linke weit stärker als bisher mit dem demokratischen Staat »arrangieren« müssen. Man kann es auch drastischer ausdrücken: Die Spekulation des linken Radikalismus – wenn die RAF die Republik genügend chaotisiert und faschisiert hat, blüht ihr Weizen – war nicht aufgegangen. Die Parole »Schmeißt die Knarren und Bomben weg« bekam mehr und mehr Auftrieb. Der Abschied vom Kult der Gewalt der bisherigen Mao- und Pol-Pot-Verehrer kam der sich langsam bildenden Partei der Grün/Alternativen zugute. Neben wenigen Sponti-Sozialisten waren es vor allem die K-Gruppen, die über politisch erfahrene Kader verfügten. Sie bildeten seit Anfang der 1980er-Jahre nicht nur in den Universitätsstädten einen Teil der Führungsriege der neuen Partei.

Wie andere Biografen auch, tut sich Hofmann schwer damit, Schmidts historische Bedeutung als Kanzler zu bewerten. Er behilft sich damit, dass Schmidt selbst – in gelegentlichen Anflügen jener ihm eigenen Mischung aus Bescheidenheit und Arroganz – sich als »Kanzler dazwischen« und »keiner für die Geschichtsbücher« einordnete, obwohl er unablässig an seinem Bild in der Geschichte arbeitete. Das macht die Bewertung nicht einfacher. Von der bloßen »Scharnierfunktion« seiner Kanzlerschaft (Thomas Karlauf) reicht das Spektrum der Einschätzungen bis hin zur Bewertung als »Weltkanzler« (Katharina Spohr).

Adenauer, Brandt und Kohl gelten in der Öffentlichkeit wie bei einer Reihe von Historikern als »große Kanzler«, weil sie jeweils mit einem »großen« Projekt identifiziert werden. Adenauer mit der Westpolitik, Brandt mit der Ostpolitik und Kohl mit der deutschen Einheit. Dabei ist Vorsicht geboten, damit sich nicht in die moderne Biografik jene Vorstellung von Größe einschleicht, vor der schon Jakob Burckhardt gewarnt hatte – also ein Bild von Größe, die vom »gewöhnlichen Sittengesetz« dispensiert ist: »Wer also einer Gesamtheit Größe, Macht, Glanz verschafft, dem wird das Verbrechen nachgesehen.«

Bei aller gebotenen Zurückhaltung kann man sagen, dass Schmidt in seiner Bedeutung als Kanzler nicht hinter den drei erwähnten Kanzlern zurücksteht. Die Bundesrepublik wurde unter seiner Führung in einer Ära der Währungs- und Ölpreiskrisen zu einem weltpolitischen Mitspieler. Ein »Weltkanzler« wurde er dadurch nicht. Es fehlte ihm dazu nicht nur am Willen, sondern auch an Mitteln der Machtprojektion. Das wurde im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluss der NATO sichtbar, wo er mit dem Anspruch auf gleiche Sicherheit für die nichtnuklear bewaffnete Bundesrepublik dem »Schweigespiel« (Valentin Falin) der Gerontokraten im Kreml und den Falken in Washington zum Opfer fiel. Kein geringerer als Michail Gorbatschow hat ihm aber später bescheinigt, dass er den Anstoß dazu gab, eine ganze Waffenkategorie mit ihren politischen Epressungsmöglichkeiten vollständig abzurüsten.

Dies und vieles mehr ist in der Biografie von Gunter Hofmann nachzulesen, dessen Studie sich nicht nur durch die Vielfalt der Themen und Blickwinkel, sondern auch durch eine gekonnte Mischung aus Nähe und Distanz sowie ein faires Urteil auszeichnet.

*Hartmut Soell, Heidelberg*

**Zitierempfehlung:**

Hartmut Soell: Rezension von: Gunter Hofmann, Helmut Schmidt. Soldat, Kanzler, Ikone, Biographie, Verlag C. H. Beck, München 2015, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81828>> [31.5.2017].



**Kolja Möller/Jasmin Siri (Hrsg.), Systemtheorie und Gesellschaftskritik. Perspektiven der Kritischen Systemtheorie. Transcript Verlag, Bielefeld 2016, 256 S., kart., 32,99 €, auch als E-Book erhältlich.**

Welches kritische Potenzial hat Systemtheorie? Dieser Frage gehen die Herausgeber und Autoren des vorliegenden Sammelbands »Systemtheorie und Gesellschaftskritik« nach. Systemtheorie ist, nicht zuletzt infolge der Luhmann-Habermas-Debatte, oft als »Metatheorie« in ihrem Anspruch falsch verstanden und gleichwie bewundert wie beargwöhnt worden. Der Antagonismus zwischen Systemtheorie und Kritischer Theorie ist in den letzten Jahren vermehrt hinterfragt worden. Insbesondere hinsichtlich des Verständnisses von Paradoxien hat Andreas Fischer-Lescano ein Vereinbaren von Systemtheorie und Kritischer Theorie in einer »Kritischen Systemtheorie Frankfurter Schule« angeregt und systemtheoretische Ansätze in die Kritische Theorie habermasscher Prägung zu integrieren versucht.<sup>1</sup>

In dem vorliegenden Band wird die Frage nach dem kritischen Potenzial von luhmannscher Systemtheorie ausgehend von eben jener Theorie beleuchtet, die »Gesellschaft in ihrer Selbstbeobachtung zu beobachten« sucht. Gemeinsamkeiten zwischen Kritischer Theorie und Systemtheorie identifizieren die Herausgeber in ihrer Einleitung zum einen in der Selbstreflexivität von Systemtheorie und dem, was Max Horkheimer als die doppelte Präformation der sozialen Welt bezeichnete – der Geschichtlichkeit des beobachtenden Gegenstandes und der historischen Determiniertheit, mit der dieser wahrgenommen wird –, sowie in der übereinstimmenden Auffassung, dass Beobachtung der Gesellschaft nur im Rahmen einer Universaltheorie gelingen kann.

Nach Luhmann selbst ist Soziologie als solche mit einem »kritischen, entlarvenden Zug« ausgestattet.<sup>2</sup> In der Vernunftaufklärung vollziehe sich die Wendung von einer Kritik des Gegenübers hin zur Selbstkritik. Im Kontext der Kultur der bürgerlichen Gesellschaft und dem paradigmatischen Wandel der Bedeutung von »Kultur« als Praktik und Fähigkeit zur Beobachtung und zum Vergleich, habe Kritik schließlich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren moralischen Gehalt abgelegt. Luhmann verortet diese Wende in der marxistischen Kapitalismuskritik, die sich einer Bewertung des Individuums enthält.

In diesem Sinne sei »Soziologie ... nicht angewandte, sondern abgeklärte Aufklärung; sie ist der Versuch, der Aufklärung ihre Grenzen zu gewinnen.«<sup>3</sup> Aus dieser intellektuellen Tradition entstanden, sei Soziologie nicht per se frei von Kritik, sondern entnormativiert. Systemtheorie im Besonderen ermögliche es, Dysfunktionalitäten und Systembedürfnisse aufzudecken: »Letztlich läuft die Abklärung der Aufklärung mithin auf ein Reflexivwerden des Aufklärens hinaus.«<sup>4</sup>

Einem einführenden Kapitel über das kritische Potenzial der Systemkritik luhmannscher Prägung aus der Perspektive der Kritischen Theorie folgen neun Beiträge, in denen sich die Autorinnen und Autoren Systemtheorie aus den verschiedenen theoretischen Richtungen nähern und nach Gemeinsamkeiten und Überschneidungen suchen. Weniger werden Einflüsse auf das Denken Luhmanns in den Vordergrund gerückt oder ein Vergleich zu dezidiert kritischen Theorieansätzen unternommen, als angeregt, mittels zum Teil poststrukturalistischer Theorien das kritische Potenzial des systemtheoretischen Ansatzes auszuschöpfen.

---

<sup>1</sup> Andreas Fischer-Lescano, Kritische Systemtheorie Frankfurter Schule, in: *ders./Graf-Peter Callies/Dan Wielsch et al (Hrsg.), Soziologische Jurisprudenz. Festschrift für Gunther Teubner zum 65. Geburtstag*, Berlin 2009, S. 49–68.

<sup>2</sup> Niklas Luhmann, Soziologische Aufklärung, in: *ders., Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*, 8. Aufl., Wiesbaden 2009, S. 83–115, S. 86.

<sup>3</sup> Luhmann, Soziologische Aufklärung, S. 85, siehe auch: *ders., Die Gesellschaft der Gesellschaft*, 9. Aufl., Frankfurt/Main 2015, S. 954 ff.

<sup>4</sup> Ebd., S. 109.

Ausgehend von der Parallele zwischen der dialektischen Vorgehensweise der Kritischen Theorie und der Operation der »Unterscheidung« in der Systemtheorie, legt Moritz Klenk in seinem Beitrag über Systemtheorie als (K)ritische Theorie die reflexive Theoriekritik der Kritischen Theorie an Systemtheorie an. Anders als die Kritische Theorie, die die unumgängliche Gebundenheit von Theorie an ihren Gegenstand an ihren Ausgangspunkt setzt, entgeht Luhmanns Systemtheorie diesem Problem des Anfangs durch die Setzung der Anfangsdifferenz von System und Umwelt und damit, dass die »Differenz von Erkenntnis und Gegenstand ... zunächst unbenutzt [bleibt]« (*Soziale Systeme*, S. 380). Kritische Theorie auf Systemtheorie anzuwenden heißt daher für Klenk, das Problem des Anfangs zu thematisieren und den Auftrag an Systemtheorie, die eigene Kontingenz mitzureflektieren.

Auf ähnliche Weise identifizieren Jasmin Siri und Tanja Robnik einen Mehrwert einer wechselseitigen Berücksichtigung von Systemtheorie und foucaultscher Diskursanalyse. Beiden Theorien sei dabei das Bestreben, Kontingenz sozialer Entwicklung sichtbar zu machen, und das Verständnis von Semantik respektive Diskurs als sozialer Formation gemeinsam. Die Autorinnen plädieren für ein gegenseitiges Wahrnehmen der jeweils anderen Theorie, das es ermögliche, die eigene wissenschaftliche Praxis zu hinterfragen und eine Theorieblindheit zu vermeiden.

An das kritische Potenzial der Systemtheorie und ihrer radikalen Kontingenzaffirmation für Organisationsforschung und Demokratietheorie arbeiten sich die Beiträge von Victoria von Groddeck und Alexander Weiß heran. Für Demokratietheorie etwa, die gefangen sei in dem Postulat von Demokratie als bester Form politischer Organisation, böte Systemtheorie, wie Weiß festhält, eine kritische Folie, die sowohl Kritik als auch Affirmation von Demokratie in ihren Narrativen unterläuft, indem Systemtheorie Demokratie zwar einerseits als kontingent auffasst, andererseits aber in Verbindung mit dem positiven Recht für am besten geeignet für die politische Organisation der Moderne kennzeichnet, und dies nicht aus normativer Setzung, sondern aufgrund der Kompatibilität mit der Kontingenz der Moderne.

Aus der Perspektive der Technikkritik blicken Sascha Dickel und Benjamin Lipp auf Systemtheorie. Luhmann selbst reflektiert in »Die Gesellschaft der Gesellschaft« über die Beziehung zwischen Maschine und gesellschaftlicher Technikkritik gerade bezüglich des Zuwachses an Bedeutung sogenannter nicht-trivialer Maschinen (GdG, S. 529 ff.). Insofern entzieht sich Systemtheorie dem, was die Autoren als »Suggestivkraft zukunftsbezogener Narrative« (Dickel/Lipp, S. 162) problematisieren. Hinsichtlich der postulierten schwindenden Bedeutung der Unterscheidung von Maschinen in »trivial« und »nicht-trivial« regen die Autoren an, »die wechselseitigen Steigerungsdynamiken von Trivialisierung und De-Trivialisierung« (ebd., S. 163) aus systemtheoretischer Sicht stärker zu beleuchten.

Kolja Möller in seinem Kapitel zum Phänomen des transnationalen Konstitutionalismus ohne klar identifizierbare transnationale Organe, und Guilherme Leite Gonçalves in seinem Beitrag aus Sicht der Postcolonial und Subaltern Studies adressieren die Frage von Repräsentation. Während Möller für eine Verknüpfung von Systemtheorie und den Schriften von Michael Hardt/Toni Negri plädiert, liegt für Gonçalves der Mehrwert in der Verbindung von Postcolonial Studies und Systemtheorie darin, ein Schema von funktionaler Differenzierung als Ideologie und Machtinstrument nicht uniform auf nicht-westliche Regionen anzuwenden. Er plädiert für eine Sensibilisierung regionaler Unterschiede, wie sie auch von Luhmann selbst hinsichtlich globaler und regionaler Unterschiede angemahnt worden ist (GdG, S. 806ff.).

Cornelia Schadler wiederum stellt Systemtheorie in den Kontext des New Materialism und akzentuiert die Unterschiede in Bezug auf die Konzeptualisierung des Individuums. Korbinian Gall wirft einen »Blick auf die Funktionen von Geschlecht« und zeigt in seinem Beitrag, in Anschluss an Urs Stäheli, dass Systemtheorie komplementär zu Gendertheorien in der Lage ist zu erklären, wie Geschlecht, medial vermittelt, wieder in Kommunikation einbezogen wird und so trotz seiner von Gall postulierten schwindenden Bedeutung nicht neutralisiert wird.

Eine weitere Einheit bilden der Beitrag von Jasmin Siri und das Interview mit Armin Nassehi. Nassehi spricht darin über seine Herangehensweise, Gesellschaftskritik im Anschluss an eine systemtheorieimmanente Analyse des jeweiligen Gegenstands zu betreiben. Den Ausgangspunkt dazu sieht er mit Luhmann in der Störung, wenn Systemgrenzen konträr zur Differenzierungslogik der heutigen Gesellschaft überschritten werden. Dem entspricht der Beitrag von Siri, die sich am Begriff der Neurose abarbeitet und anhand der Parallelektüre von Systemtheorie und Psychoanalytik darlegt, dass Neurosen nicht nur systemtheoretisch gedeutet Störungen sind, sondern ebenfalls ein Mechanismus der Prob-

lemlösung sozialer Konflikte auf individueller Ebene. Ein Phänomen wie Rassismus etwa sei so nicht allein als vormodern und irrational, sondern als Äußerung subjektiver Konflikte zu verstehen und eine funktional adäquate Reaktion auf ein individuelles psychisches Bedürfnis.

In einem abschließenden Beitrag gibt Dirk Baecker einen Ausblick auf Kritik im Internetzeitalter und wendet den aufklärerischen Kritikbegriff in eine Beobachtung dritter Ordnung.

Der Sammelband vereint eine Vielzahl von »Perspektiven der Kritischen Systemtheorie«. Auf wenigen Seiten gelingt es den Autoren und Herausgebern kondensiert ein Panorama von möglichen Perspektiven auf und für das Arbeiten mit dem systemtheoretischen Ansatz aufzuzeigen. Dem multiperspektivischen Vorhaben mag es auch geschuldet sein, dass Luhmanns Position zu Kritik und Systemtheorie im Kontext der Frage danach, was Kritische Systemtheorie sein kann, nicht zentral ist, um den Dialog mit anderen Theorieangeboten nicht zu überfrachten. Dennoch hätten einige Beiträge an argumentativer Schärfe gewonnen, wenn eine umfassendere Darstellung der systemtheoretischen Theorie angestrebt worden wäre.

Bedauerlich ist ebenfalls, dass eine klare begriffliche Klärung von »Kritik« nicht unternommen worden ist. So gelingt zwar eine klare Artikulation von Systemtheorie und Kritischer Theorie Frankfurter Schule, jedoch werden in den nachfolgenden Beiträgen, die das Feld der Theoriebegegnungen aufzeichnen, die die Divergenzen überlagert von dem Aufzeigen von Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkten. Insbesondere hinsichtlich postmoderner Theorieansätze hätte ein klares Abstecken der Theoriefelder einen deutlichen Mehrwert generiert, denn die Autorinnen und Autoren verlieren in ihren Argumentationen aus den Augen, dass es sich bei jenen um radikal anders gewendete Theorieansätze handelt: mit der Systemtheorie teilen sie zwar das selbstreflexive Moment,<sup>5</sup> hinsichtlich ihres Erkenntnisziels klaffen sie aber unvereinbar auseinander<sup>6</sup>. Auch fehlt insbesondere diesen Beiträgen eine dahingehende empirische Plausibilisierung, dass sie aufzeigen, welcher Analyse- und Erkenntniswert von einem Forschungsdesign erwartet werden kann, das besagte Theorien kombiniert. Die vorgenommene Nennung von Beispielen greift hier zu kurz.

Nichtsdestotrotz ist der Band ein Zugewinn für die aktuelle Diskussion und eine wertvolle Anregung, diese und andere Querverbindungen in Forschungsarbeiten umzusetzen. Einige der Beiträge stellen das der Systemtheorie inhärente kritische Potenzial beispielhaft für verschiedene Forschungsbereiche heraus und bestätigen so deren fortbestehende Relevanz. Andere Beiträge verdeutlichen, dass die schematische Unterscheidung von Systemtheorie – als einer dem Konstruktivismus verpflichteten Theorie – und dekonstruktivistischen Ansätzen häufig überbetont wird und diese Theorieschulen in ihrer Vorgehensweise stärker ineinandergreifen als dass sie sich gegensätzlich gegenüberzustehen scheinen. Es bleibt Aufgabe weiterer Arbeiten zu zeigen, wie konkret die unterschiedlich gelagerten Erkenntnisziele miteinander artikuliert werden können.

*Carolyn Stenz, Paris*

#### **Zitierempfehlung:**

Carolyn Stenz: Rezension von: Kolja Möller/Jasmin Siri (Hrsg.), Systemtheorie und Gesellschaftskritik. Perspektiven der Kritischen Systemtheorie. Transcript Verlag, Bielefeld 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81829>> [31.5.2017].

---

<sup>5</sup> Niklas Luhmann, Dekonstruktion als Beobachtung zweiter Ordnung, in: Henk de Berg/Matthias Prangel (Hrsg.), Dekonstruktion als Beobachtung zweiter Ordnung, Tübingen 1995, wiederabgedruckt in: Niklas Luhmann, Aufsätze und Reden, hrsg. von Oliver Jahraus, Stuttgart 2001, S. 262–296.

<sup>6</sup> In Ansätzen vgl.: Niklas Luhmann, Am Ende der kritischen Soziologie, ZfS 20, 1991, S. 147–152.